



BHV

Bayerischer
Handball-Verband

Satzung des Bayerischen Handball-Verbandes e.V.

**Stand gemäß Beschlussfassung durch den
Außerordentlichen Verbandstag 2025**

In allen Paragraphen dieser Satzung, in denen die männliche Form verwendet wird, ist auch die weibliche Form gemeint. Wo Vereine genannt sind, sind – wenn nicht anderes formuliert – auch die Spielgemeinschaften gemeint.

Inhaltsverzeichnis:

I. Allgemeine Bestimmungen	7
§ 1 Name, Sitz und Zweck.....	7
§ 2 Neutralität, Gemeinnützigkeit.....	7
§ 2a Vergütungen für die Verbandstätigkeit.....	7
§ 3 Aufgaben	8
§ 3a Compliance-Grundsätze	8
§ 4 Unselbständige Untergliederungen.....	9
§ 5 Mitglieder des Verbandes	9
§ 6 Einzelpersonen	9
§ 7 Ende der Mitgliedschaft	9
§ 8 Wiederaufnahme.....	10
§ 9 Ehrenpräsidenten und Ehrenmitglieder	10
II. Aktives und passives Wahlrecht	10
§ 10 Aktives Wahlrecht	10
§ 11 Passives Wahlrecht.....	10
§ 12 Rechte der Vereine.....	11
§ 13 Pflichten der Vereine.....	11
III. Rechtsgrundlagen	12
§ 14 Mitgliedschaften des Verbandes.....	12
§ 15 Maßgebende Bestimmungen	12
§ 16 Straf-, Ordnungs- und sonstige Maßnahmen, Rechtsbehelfe und Rechtsmittel, Vollstreckung.....	13
IV. Organisation des Verbandes	14
A) Verwaltungsorgane	14
§ 17 Verwaltungsorgane des Verbandes.....	14
§ 18 Verwaltungsorgane der Bezirke	14
§ 19 Rechte und Pflichten der Organe und ihrer Mitglieder	15
B) Verwaltungsorgane des Verbandes	15
1. Der Verbandstag.....	15
§ 20 Termin, Wahlperiode.....	15
§ 21 Einberufung	15
§ 22 Zusammensetzung.....	15
§ 23 Berechnung der Zahl der Delegierten der Vereine und deren Wahl.....	16
§ 23a Leitung des Verbandstages.....	16
§ 24 Stimmrecht	16

§ 25 Beschlussfähigkeit	16
§ 26 Abstimmungen	17
§ 27 Aufgaben	17
§ 28 Wahlen	17
§ 29 Anträge	18
§ 30 Öffentlichkeit	18
§ 31 Kosten	18
2. Der außerordentliche Verbandstag	18
§ 32 Außerordentlicher Verbandstag - Einberufung	18
§ 33 Delegierte zum außerordentlicher Verbandstag	18
§ 34 Bestimmungen	18
§ 35 Misstrauensanträge	19
§ 36 Kosten	19
3. Das Erweiterte Präsidium (EP)	19
§ 37 Das Erweiterte Präsidium (EP)	19
§ 38 Einberufung	19
§ 39 Zusammensetzung	19
§ 40 Aufgaben	19
§ 41 Beschlussfähigkeit	20
§ 42 Anträge	20
§ 43 Teilnahmerecht	20
§ 44 Kosten	20
4. Das Präsidium	20
§ 45 Zusammensetzung des Präsidiums	20
§ 46 Aufgaben	21
§ 47 Beschlussfähigkeit	22
§ 48 Kosten	22
§ 49 Der Verbandspräsident	22
§ 50 Vizepräsidenten	23
§ 51 Vizepräsident Finanzen	23
§ 52 Vizepräsident Jugend	23
§ 52 a Vizepräsident Mitgliederentwicklung und Schule	23
§ 53 Vizepräsident Leistungssport	23
§ 54 Vizepräsident Bildung	24
§ 55 Vizepräsident Recht	25

§ 56 Vizepräsident Spielbetrieb	25
§ 57 Vizepräsident Verbandsentwicklung	25
5. Weitere Verbandsgremien	25
§ 58 Stabsstellen beim Präsidium	25
§ 59 Finanzausschuss	26
§ 60 Verbandsjugendausschuss	26
§ 61 Ausschüsse des Ressorts Leistungssport	26
a) Ausschuss für Leistungssport.....	26
b) Trainerkommission.....	27
§ 62 Bildungsausschuss	27
§ 63 Rechtsausschuss	28
§ 64 Satzungskommission	28
§ 65 Ausschuss für Verbandsentwicklung.....	28
§ 65a Ausschuss für digitale Entwicklung.....	29
§ 66 Spielausschuss	29
§ 67 (weggefallen).....	31
§ 68 Ausschuss für Gleichstellung und soziale Themen	31
§ 69 Fachausschüsse	31
6. Organisation im Jugendbereich	31
§ 70 Vertretung der Jugend im BHV.....	31
7. Gerichtsbarkeit des Verbandes.....	32
§ 71 Rechtsorgane.....	32
§ 72 Verfahrensregelungen.....	32
V. Die Bezirke	32
A) Der Bezirkstag.....	32
§ 73 Der Bezirkstag.....	32
§ 74 Termin – Wahlperiode.....	32
§ 75 Einberufung	33
§ 76 Teilnahmepflicht.....	33
§ 77 Zusammensetzung.....	33
§ 78 Stimmberechtigte.....	33
§ 79 Beschlussfassung	34
§ 80 Aufgaben	34
§ 81 Antragsberechtigte.....	34
§ 82 Wahlen	34

§ 83 Öffentlichkeit.....	35
§ 84 Kosten.....	35
B) Der Außerordentliche Bezirkstag.....	35
§ 85 Einberufung.....	35
§ 86 Termin.....	35
§ 87 Zusammensetzung.....	35
§ 88 Misstrauensanträge.....	35
§ 89 Geltende Vorschriften.....	35
C) Die Bezirksleitung.....	35
§ 90 Zusammensetzung der Bezirksleitung.....	35
§ 90a - Regionalbeauftragter Aschaffenburg/Miltenberg.....	36
§ 91 Einberufung.....	36
§ 92 Wahl der Stellvertreter des Bezirksvorsitzenden - Vertretungsrecht.....	36
§ 93 Berufung von Referenten.....	36
§ 94 Berufung von Ersatzleuten.....	36
§ 95 Doppelfunktionen.....	36
§ 96 Leitung des Bezirkes und Aufgaben der Bezirksleitung.....	37
§ 97 Beschlussfähigkeit.....	37
§ 98 Kosten.....	37
D) Der Bezirksvorsitzende.....	38
§ 99 Bezirksvorsitzender.....	38
VI. Externes Fachwissen.....	38
§ 100 Zuziehung anderer Mitarbeiter und Dritter.....	38
VII. Amtszeit.....	38
§ 101 Dauer der Amtszeit.....	38
VIII. Finanzwirtschaft.....	39
§ 102 Allgemeine Grundsätze der Finanzwirtschaft.....	39
§ 103 Haushaltsplan und Nachtragshaushalt.....	39
§ 104 Jahresabschlüsse.....	39
§ 105 Buch- und Kassenprüfung.....	39
§ 106 Verbandsvermögen.....	39
§ 107 Finanzordnung.....	39
IX. Datenschutz.....	40
§ 108 Zulässigkeit der Datenerhebung, Datenverarbeitung und Datennutzung.....	40
§ 109 Auskunftserteilung.....	41

§ 110 Übermittlung von personenbezogenen Daten.....	41
§ 111 Datenschutzbeauftragter	41
X. Schlussbestimmungen	41
§ 112 Haftung des Verbandes	41
§ 113 Auflösung des Verbandes	41
§ 114 Satzungsstreitigkeiten	42
§ 115 Niederschriften.....	42
§ 116 Amtliche Bekanntmachungen	42
§ 117 Inkrafttreten	42

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Name, Sitz und Zweck

(1) ¹Der Bayerische Handball-Verband e.V. im BLSV, gegründet im Jahr 1946, hat seinen Sitz in München. ²Er ist im Vereinsregister des Amtsgerichts München eingetragen. ³Gerichtsstand ist München.

(2) Seine Farben sind weiß-blau.

(3) Der Bayerische Handball-Verband (BHV) ist die Vereinigung aller dem Bayerischen Landes-Sportverband (BLSV) angehörenden bayerischen Sportvereine, die den Handballsport betreiben.

§ 2 Neutralität, Gemeinnützigkeit

¹Der BHV führt seine Aufgaben in parteipolitischer, konfessioneller und rassistischer Neutralität durch. ² Er tritt für religiöse und weltanschauliche Toleranz ein und bekennt sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. ³ Der BHV verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Bereich des Sports nach näherer Maßgabe von § 3 und damit im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. ⁴ Der BHV ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. ⁵ Mittel des BHV dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. ⁶ Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des BHV. ⁷ Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des BHV fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 2a Vergütungen für die Verbandstätigkeit

(1) Die Ämter im BHV werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt, soweit nicht diese Satzung etwas anderes bestimmt.

(2) ¹Bei Bedarf können Verbandsämter im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten entgeltlich auf der Grundlage eines Dienstvertrages oder gegen Zahlung einer angemessenen - auch pauschalieren - Aufwandsentschädigung ausgeübt werden. ²Insbesondere können zur Erledigung von Geschäftsführungsaufgaben hauptamtliche Beschäftigte angestellt werden.

(3) Die Entscheidung über eine entgeltliche Verbandstätigkeit nach Absatz 2 trifft das Präsidium. Gleiches gilt für die Vertragsinhalte und die Vertragsbeendigung.

(4) ¹Im Übrigen haben die Mitarbeiter des Verbandes einen Aufwendungsersatzanspruch nach § 670 BGB für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für den Verband entstanden sind. ²Das Nähere regelt die Finanzordnung.

(5) ¹Der Anspruch auf Aufwendungsersatz kann nur innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach seiner Entstehung geltend gemacht werden. ²Erstattungen werden nur gewährt, wenn die Aufwendungen mit Belegen und Aufstellungen, die prüffähig sein müssen, nachgewiesen werden.

(6) Vom Präsidium kann beschlossen werden, die Aufwandsentschädigung nach Absatz 2 und den Aufwendungsersatz nach Absatz 5 im Rahmen der steuerrechtlichen Möglichkeiten auf Pauschalbeträge und Pauschalsätze zu begrenzen.

(7) § 107 bleibt unberührt.

§ 3 Aufgaben

- (1) ¹Der BHV fördert, verbreitet und pflegt den Handballsport, insbesondere Hallenhandball und Beachhandball, für alle Altersklassen aller Geschlechter; dabei ist die Jugendarbeit unter Beachtung der sportlichen und kulturellen Belange besonders zu pflegen. ²Innerhalb der Jugendarbeit ist dem Schulsport besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.
- (2) Er vertritt die Interessen der ihm angeschlossenen Vereine gegenüber Dritten, insbesondere sportlichen und öffentlichen Stellen.
- (3) Innerhalb seines Verbandsgebietes regelt er die Organisation und die Durchführung des Spielbetriebes.
- (4) ¹Er sorgt für die sportärztliche Betreuung der aktiven Spieler und Spielerinnen, besonders der Jugendlichen. ²Zur Erfüllung dieser Aufgaben wird vom Präsidenten ein Verbandsarzt berufen.
- (5) Er übt die planmäßige Lehrtätigkeit auf sportlichem und verwaltungstechnischem Gebiet aus.
- (6) Er erlässt die notwendigen Ordnungen und sonstigen Bestimmungen und überwacht deren Einhaltung.
- (7) Er ahndet Verstöße gegen Satzung, Ordnungen und Bestimmungen und erledigt sonstige Streitfälle, sofern sie in seine Entscheidungsbefugnis fallen.

§ 3a Compliance-Grundsätze

- (1) ¹Der BHV und alle ehrenamtlichen und hauptberuflichen Mitarbeiter bekennen sich zu den Grundsätzen eines regeltreuen und regelkonformen Verhaltens. ²Der BHV stellt die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen extern und intern sicher und schafft die dazu erforderlichen Strukturen und organisatorischen Maßnahmen.
- (2) Ziel des BHV ist es, Fehlverhalten und Schäden innerhalb des Verbandes zu vermeiden, um Nachteile für den Verband abwenden zu können und das Ansehen des BHV gegenüber Dritten und der Öffentlichkeit zu wahren.
- (3) Das Präsidium stellt dazu sicher, dass Compliance-relevante Themenfelder und deren Risiken im Verband erkannt und erfasst werden sowie entsprechenden Verhaltensregeln erlassen und Maßnahmen getroffen werden.
- (4) Das Präsidium hat eine Ansprechperson für Compliance-Fragen im BHV zu benennen.

§ 3b Gewaltprävention

- (1) ¹Der BHV, seine ehrenamtlichen und hauptberuflichen Mitarbeiter, seine Mitglieder und Sportler bekennen sich zu den Grundsätzen einer umfassenden Gewaltprävention, insbesondere eines entsprechenden Kinder- und Jugendschutzes, und treten für die Integrität und die körperliche und seelische Unversehrtheit und Selbstbestimmung der anvertrauten Kinder und Jugendlichen ein. ²Keine Form der Gewalt, sei sie physischer, psychischer oder sexualisierter Art, ist erlaubt (dies schließt insbesondere auch sexualisierte Sprache ein).
- (2) ¹Der BHV ergreift zur Gewaltprävention und -bekämpfung alle gebotenen Maßnahmen. ²Dazu kann das Präsidium einen Ehrenkodex erlassen und von Funktionsträgern und Beschäftigten des Verbandes die Abgabe einer Selbstverpflichtungserklärung verlangen.
- (3) Der BHV verpflichtet sich, Trainer und Funktionsträger präventiv über die Thematik zu informieren und sie zu qualifizieren, Gewalt (insbesondere sexualisierte Gewalt) zu erkennen und in entsprechenden Situationen sachgerecht handeln zu können.
- (4) Mitglieder, Sportler, Funktionsträger und Beschäftigte des BHV, die eine mit diesen Grundsätzen unvereinbare Haltung im Verbandsleben zeigen oder gegen diese Grundsätze verstoßen, haben mit Sperrungen, Amtsenthebungen, Ausschluss oder Kündigung zu rechnen.

§ 4 Unselbständige Untergliederungen

(1) ¹Der BHV gliedert sich in acht Bezirke (Nummern 1 – 8). ²Deren weitere Bezeichnung und die Zuordnung der Vereine zu diesen Bezirken ergeben sich aus der Ordnung über die Bezirke.

(2) Die Zuordnung der Vereine zu den Bezirken kann durch den Verbandstag oder das Erweiterte Präsidium (EP) zum Beginn eines Spieljahres geändert werden.

(3) ¹Neu oder wieder aufgenommene Vereine werden vom Präsidium vorläufig bis zur nächsten Sitzung des EP einem Bezirk zugeordnet. ²Derartige Beschlüsse sind zur endgültigen Entscheidung auf die Tagesordnung der nächsten EP-Sitzung zu setzen.

(4) ¹Auf Antrag kann das Präsidium nach Anhörung der Spielleitung des betroffenen Bezirks einem Verein genehmigen, am Spielbetrieb eines anderen Landesverbandes teilzunehmen. ²Diese Vereine werden in allen verwaltungstechnischen Angelegenheiten ihrem Stammbezirk zugerechnet.

§ 5 Mitglieder des Verbandes

(1) ¹Jeder Verein, der Mitglied des BHV werden will, muss Mitglied des BLSV sein. ²Dies gilt auch für alle Vereine, die eine Spielgemeinschaft bilden. ³Einzelpersonen können die Mitgliedschaft im BHV nicht erwerben.

(2) ¹Gegenüber dem BLSV ist der Verein zur Meldung aller seiner Mitglieder verpflichtet, also aller aktiven und passiven Jugendlichen und Erwachsenen. ²Neuzugänge und Abgänge sind sofort namentlich zu melden.

(3) ¹Nach Aufnahme in den BLSV ist ein schriftlicher Antrag auf Zulassung zum Spielbetrieb an die Geschäftsstelle des BHV zu richten. ²Der Antrag muss die Erklärung beinhalten, dass die Satzungen und Ordnungen des BHV und des DHB anerkannt werden. ³Dem Antrag sind zwei Exemplare der zurzeit der Antragstellung geltenden Satzung des Vereins und eine Bestätigung des zuständigen Finanzamts über die Gemeinnützigkeit beizufügen. Im Falle der Gefährdung des Vereinszwecks des BHV durch Aufnahme des Antragstellers kann der Antrag abgelehnt werden. ⁵Der BHV bestätigt die Aufnahme des Vereins durch eine Veröffentlichung im amtlichen Organ des BLSV.

(4) Soweit nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften für Vereine auch für Spielgemeinschaften.

§ 6 Einzelpersonen

(1) ¹Einzelpersonen, die am Spielbetrieb des BHV teilnehmen wollen, müssen Mitglied eines Vereins sein, der seinerseits Mitglied des BHV ist. ²Ausnahmen gelten für Spieler, die sich vertraglich an einen Verein gebunden haben, um dort den Handballsport auszuüben (Vertragsspieler).

(2) ¹Die Teilnahme am Spielbetrieb ist nur zulässig, wenn sich die Einzelperson der Satzung und den Ordnungen des BHV und des DHB, insbesondere deren Strafgewalt, unterwirft. ²Dies hat schriftlich sowohl bei der Beantragung als auch bei der Erteilung einer Spielberechtigung zu erfolgen.

(3) ¹Die Spielberechtigung kann im Regelfall nur für einen Verein erteilt werden, soweit die Spielordnung (SpO) keine Ausnahmen zulässt. ²Dagegen ist die Mitgliedschaft gleichzeitig in mehreren Vereinen zulässig.

§ 7 Ende der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft endet durch:

- a) satzungsgemäße Auflösung eines Vereins, die durch Protokoll nachgewiesen wurde,
- b) schriftliche Austrittserklärung,
- c) Ausschluss aus dem BLSV,

- d) Ausschluss aufgrund eines Beschlusses des Präsidiums, wenn der Verein
 - aa) seine Pflichten als Mitglied gröblich verletzt und die Verletzung trotz Mahnung fortsetzt,
 - bb) seinen dem BHV gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten trotz wiederholter Aufforderung nicht nachkommt.
 - cc) sich verbandsschädigend verhält oder in sonst grober Weise das Ansehen des BHV mindert,
 - dd) seine Gemeinnützigkeit verliert,
- e) behördliche Verfügung nach § 73 BGB.

(2) ¹Gegen einen Beschluss des Präsidiums nach Absatz 1 Buchst. d) kann innerhalb einer Frist von vier Wochen das Verbandsgericht angerufen werden, das in der Besetzung von einem Vorsitzenden und vier Beisitzern entscheidet. ²Der Vollzug ist bis zur Entscheidung des Verbandsgerichts ausgesetzt. ³Die Entscheidung des Verbandsgerichts ist sportgerichtlich nicht anfechtbar.

§ 8 Wiederaufnahme

- (1) Die Wiederaufnahme eines rechtskräftig aus dem BHV ausgeschlossenen Vereins ist zulässig.
- (2) ¹Über die Wiederaufnahme in den BHV entscheidet nach Anhörung des Antragstellers und des Präsidiums das Verbandsgericht. ²Dessen Entscheidung ist sportgerichtlich nicht anfechtbar.

§ 9 Ehrenpräsidenten und Ehrenmitglieder

- (1) Der Verbandstag kann Personen, die sich um den Handballsport oder den BHV besonders verdient gemacht haben, zu Ehrenpräsidenten oder zu Ehrenmitgliedern ernennen.
- (2) Die Bezirkstage können Personen, die sich um den Handballsport im Bezirk besonders verdient gemacht haben, zu Ehrenvorsitzenden oder zu Ehrenmitgliedern des Bezirks ernennen.
- (3) Ehrenpräsidenten und Ehrenvorsitzende haben beratende Stimme am Verbandstag oder Bezirkstag.
- (4) Die Ehrenvorsitzenden der bisherigen Bezirke und Kreise haben beratende Stimme am Bezirkstag des Bezirks, zu dem ihr Verein gehört.

II. Aktives und passives Wahlrecht

§ 10 Aktives Wahlrecht

¹Aktives Wahlrecht haben alle Personen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, bei Bezirksjugendtagen alle Personen, die das 14. Lebensjahr vollendet haben. ²Eine Ausnahme hiervon gilt für die Wahl der Verbands- und Bezirksjugendsprecher. ³Bei der Wahl der Verbandsjugendsprecher sind nur die Bezirksjugendsprecher wahlberechtigt, bei der Wahl der Bezirksjugendsprecher nur die jugendlichen Vereinsvertreter.

§ 11 Passives Wahlrecht

- (1) ¹Passives Wahlrecht haben alle Personen, die volljährig sind. ²Bei der Wahl zu Jugendsprechern auf allen Ebenen gilt als untere Altersgrenze die Vollendung des 14., als obere die des 26. Lebensjahres.
- (2) Berufssportler sind nicht wählbar.

(3) Wiederwahl ist ohne Begrenzung möglich mit Ausnahme der Kassenprüfer auf Verbandsebene, deren Wiederwahl nur einmal zulässig ist.

(4) Als Kassenprüfer dürfen nur Personen gewählt werden, die kein Amt innerhalb der gleichen Verwaltungsebene ausüben oder die Angestellte des BHV sind.

§ 12 Rechte der Vereine

(1) Die Vereine sind nach den Bestimmungen dieser Satzung sitz-, stimm- und antragsberechtigt bei den Tagungen des Verbandes.

(2) Zur Ausübung ihrer handballsportlichen Tätigkeit haben sie unter Berücksichtigung ihrer sportlichen Qualifikation Anspruch darauf, vom BHV innerhalb seines Spielbetriebs berücksichtigt zu werden.

(3) Bei den vom BHV angeordneten Veranstaltungen, an denen sie beteiligt sind, steht ihnen das Recht auf den festgesetzten Anteil an den Einnahmen zu.

(4) In allen Verbandsangelegenheiten haben sie das Recht zur Kritik innerhalb der Grenzen der Sachlichkeit und der Wahrung der Verbandsinteressen, auch soweit sie selbst daran beteiligt sind.

(5) Vereine können auf Antrag durch das Präsidium des BLSV Rechtsschutz erhalten, sofern sie durch ihren Sportbetrieb in grundsätzlichen Fragen des Sportes in ein Rechtsverfahren verwickelt werden.

§ 13 Pflichten der Vereine

(1) Die Vereine sind verpflichtet, zum Wohle der Handballspielenden und der Vereine ständig konstruktiv mit dem BHV, seinen Organen und seinen Mitarbeitern zusammenzuarbeiten.

(2) Sie haben alle Anordnungen der Organe und Mitarbeiter des Verbandes zu befolgen, die im Interesse des Handballsports und einer geordneten Verwaltung erlassen werden.

(3) Sie haben die festgesetzten Abgaben, Umlagen, Gebühren, Spielbeiträge, Spielabgaben, Auslagen, Geldstrafen, Geldbußen und Bekanntmachungskosten sowie sonstige in der Satzung und in den Ordnungen festgelegten Beiträge, Abgaben, Auslagen und Gebühren innerhalb der festgesetzten Fristen zu entrichten.

(4) Sie müssen genaue und rechtsverbindliche Angaben über alle aktiven und passiven Mitglieder in der vom BLSV angeordneten Bestandserhebung in der Spalte „Handball“ machen.

(5) Sie müssen die vorgeschriebenen Vordrucke verwenden und die Druckschriften der amtlichen Organe des BHV, DHB und BLSV beziehen, soweit deren Verwendung bzw. Bezug für alle verbindlich vorgeschrieben ist.

(6) ¹Sie müssen ordnungsgemäße Bücher zum Zwecke des Nachweises der Gemeinnützigkeit führen und diese bei der Anforderung durch den BHV befristet zum Nachweis der Einhaltung der Gemeinnützigkeit vorlegen. ²Eine Änderung des Status der Gemeinnützigkeit bei seinen Mitgliedern ist von diesen dem BHV und dem BLSV sofort anzuzeigen.

(7) Sie sind verpflichtet, eine für die Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Spielbetriebes ausreichende Zahl von Schiedsrichtern, Zeitnehmern und Sekretären zu stellen.

(8) ¹Sie haben sicherzustellen, dass keine Nichtmitglieder am Spielbetrieb des BHV teilnehmen. ²Sie müssen weiter ihre Mitglieder über die beim BLSV bestehende Sportunfall- und Haftpflichtversicherung aufklären und auftretende Versicherungsfälle termingerecht melden und bearbeiten. ³Ausnahmen gelten für Vertragsspieler.

(9) ¹Die Vereine haften gegenüber dem BHV für alle sich aus der Zusammenarbeit und der Teilnahme am Spielbetrieb ergebenden Forderungen. ²Sie haften voll neben ihren Mitgliedern, ohne dass zuerst die Mitglieder in Anspruch genommen werden müssen (gesamtschuldnerische Haftung ohne Einrede der Vorausklage), für alle

Forderungen, die der BHV gegen die Mitglieder der Vereine aus der Teilnahme am Spielbetrieb, gleichgültig ob als Spieler, Trainer, Schiedsrichter, Offizieller, Zuschauer oder Teilnehmer in sonstiger Funktion hat.

(10) Der Verein haftet für alle Personen, die für ihn handeln.

(11) ¹Bei der Verschmelzung von Vereinen durch Aufnahme oder Neugründung haftet der aufnehmende bzw. neue Verein für die Verpflichtungen der alten Vereine. ²Bei Verschmelzung nach Abspaltung haftet der aufnehmende bzw. neu gegründete Verein für die Verpflichtungen, die vor der Abspaltung gegenüber dem BHV bestanden haben. ³Dies gilt unabhängig davon, ob eine Spielklassenübertragung stattfindet oder nicht.

(12) ¹Die Vereine sind zur Nutzung und Teilnahme am Zahlungsverkehr sowie an der elektronischen Kommunikation mit dem BHV verpflichtet. ²Sie sind insbesondere verpflichtet

a) auf Verlangen des Präsidiums am Lastschriftverfahren teilzunehmen und einen Telefaxzugang sowie eine E-Mailadresse einzurichten, an einem zentralen E-Mail-System teilzunehmen oder zentral erstellte E-Mails von ihrem elektronischen Postfach oder E-Mail-Account abzuholen,

b) auf Verlangen des Präsidiums ein Spielergebnis unverzüglich bzw. in einem vom Präsidium beschlossenen Zeitrahmen an eine vorgegebene Stelle und auf eine vorgegebene Weise zu melden,

c) auf Verlangen des Erweiterten Präsidiums den elektronischen Spielbericht (Spielbericht online) zu benutzen und die dafür notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

d) auf Verlangen des Erweiterten Präsidiums auf den Mitgliedsvereinen zuzurechnenden Internetseiten, Hallenzeitungen oder sonstigen Veröffentlichungen oder auf Eintrittskarten oder bei Wettkämpfen (insbesondere Bänden, Anzeigetafeln) ein Logo des BHV und/oder die Internetadresse bzw. einen Internetlink des BHV anzubringen.

III. Rechtsgrundlagen

§ 14 Mitgliedschaften des Verbandes

¹Der BHV ist Mitglied des BLSV und des DHB. ²Er regelt seine Angelegenheiten im Rahmen seiner Satzung und Ordnungen selbst, soweit diese den Satzungen des BLSV und des DHB sowie den für verbindlich erklärten Ordnungen des DHB nicht entgegenstehen.

§ 15 Maßgebende Bestimmungen

(1) ¹Die Satzung und die Ordnungen sowie die Entscheidungen, die der BHV im Rahmen seiner Zuständigkeit erlässt, sind für seine Organe, seine Verwaltung, die Vereine und deren Vereinsmitglieder bindend. ²Gleiches gilt für die in der Satzung des DHB für allgemeinverbindlich erklärten Ordnungen und Entscheidungen des DHB und seiner Organe sowie für die Entscheidungen der Gerichtsbarkeit des DHB. ³Im Übrigen gelten für die Vereine, die am Spielbetrieb des DHB teilnehmen, deren Satzung und Ordnungen.

(2) Rechtsgrundlagen sind aus dem Bereich des BHV:

- a) die Satzung,
- b) die Zusatzbestimmungen zur Spielordnung, Rechtsordnung und zur Trainerordnung des DHB,
- c) die Jugendordnung,
- d) die Schiedsrichterordnung,
- e) die Finanzordnung,
- f) die Gebührenordnung,

- g) die Ehrenordnung,
- h) die Geschäftsordnung,
- i) die Ordnung über die Bezirke.

(3) Rechtsgrundlagen sind aus dem Bereich des DHB:
die in seiner Satzung für verbindlich erklärten Ordnungen, Richtlinien und Reglements.

(4) Soweit erforderlich, können weitere Ordnungen oder Zusatzbestimmungen zu Ordnungen des DHB vom Verbandstag oder vom EP bis zum folgenden Verbandstag beschlossen oder bestehende geändert werden.

§ 16 Straf-, Ordnungs- und sonstige Maßnahmen, Rechtsbehelfe und Rechtsmittel, Vollstreckung

(1) ¹Die Vereine als Mitglieder des BHV, die Mitglieder der Handballvereine, insbesondere soweit sie sich aktiv oder passiv am Spielbetrieb beteiligen, die Mitglieder der verschiedenen Organe, Personen, die sonstige Aufgaben für den BHV und seine Bezirke wahrnehmen, sowie andere Personen, insbesondere Zuschauer, soweit sie Mitglied eines dem BHV angehörenden Vereines sind, unterliegen der Ordnungs- und Strafgewalt des BHV und des DHB. ²Geahndet werden können dabei Verstöße gegen vom DHB übernommenes Recht und gegen die Satzung, die aufgrund dieser Satzung erlassenen Ordnungen, die aufgrund dieser Normen erlassenen weiteren Ordnungswidrigkeitstatbestände und andere Anordnungen sowie gegen die Handballregeln.

(2) Die Ahndung nach Absatz 1 erfolgt durch Verwaltungsinstanzen, insbesondere die Spielleitenden Stellen und die Schiedsrichterwarte, das Präsidium und die Rechtsorgane des BHV und des DHB.

(3) Zur Ahndung von Verstößen können die oben Genannten im Rahmen ihrer Zuständigkeit insbesondere folgende Entscheidungen treffen bzw. Sanktionen verhängen:

a) Strafen:

aa) Verweis,

bb) ¹persönliche Sperre bis zu 48 Monaten, bei Dopingvergehen im Wiederholungsfall bis auf Lebenszeit.
²Spielsperre für bestimmte Wettbewerbe; ausschließlich mannschafts- und spielbezogene (automatische) Sperren.

cc) Mannschaftssperre bis zu 30 Monaten,

dd) Abteilungssperre bis zu 30 Monaten,

ee) Platz- und Hallensperre bis zu 30 Monaten,

ff) Geldstrafe von 25,00 € bis 20.000. €, bei Dopingvergehen bis zu 100.000 €,

gg) Spielverlust,

hh) Aberkennung von bis zu acht Punkten vor und während der Saison,

ii) Ausschluss vom Spielbetrieb für den Rest des Spieljahres,

jj) Nichtzulassung zum Spielbetrieb,

kk) Entbindung von der Amtstätigkeit,

ll) Amtsenthebung unter gleichzeitiger Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung eines Amtes im Bereich des BHV oder DHB für die Dauer von bis zu 5 Jahren,

mm) Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung eines Amtes oder zur Wahrnehmung einer Funktion im Bereich des BHV oder DHB für die Dauer von bis zu 5 Jahren,

nn) Entziehung der Spielervermittlerlizenz oder befristetes Verbot zur Ausübung der Lizenz (Sperre) für die Dauer von bis zu zwei Jahren,

oo) Entziehung der Trainer- und / oder Übungsleiterlizenz oder befristetes Verbot zur Ausübung der Trainer und / oder Übungsleitertätigkeit (Sperr) für die Dauer von bis zu zwei Jahren.

b) Geldbußen:

Wegen Ordnungswidrigkeiten können Geldbußen bis 20.000,00 € verhängt werden.

c) Als Maßnahmen können angeordnet werden:

aa) Spielaufsicht,

bb) Aufsicht durch einen Technischen Delegierten,

cc) Spielwiederholung.

d) Sonstige Geldleistungen: Verpflichtung zur Zahlung von Auslagen, Gebühren und Bekanntmachungskosten.

e) Bei Rechtsstreiten vor der verbandsinternen Gerichtsbarkeit dürfen für Verfahrensauslagen und Gebühren Vorschüsse verlangt werden.

(4) ¹Die Entscheidungen der Verwaltungsinstanzen, die mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen sein sollen, unterliegen der Kontrolle durch die Rechtsorgane. ²Der von einer Entscheidung unmittelbar Betroffene kann gegen diese Entscheidung, unter Einhaltung der in der Rechtsordnung näher festgelegten Zulässigkeitsvoraussetzungen, insbesondere den Frist- und Formvorschriften, schriftlich Einspruch einlegen. ³Der Einspruch ist bei dem zuständigen Rechtsorgan oder bei der Geschäftsstelle des BHV einzulegen. ⁴Das Vorstehende gilt im Falle der Stellung von Anträgen entsprechend.

(5) ¹Die Entscheidungen der Gerichte unterliegen der Nachprüfung durch übergeordnete Gerichte. ²In der Regel umfasst der Rechtsweg drei Instanzen. ³Eine Entscheidung eines Gerichtes (Urteil oder Beschluss) kann mit der Beschwerde, der Berufung oder der Revision angefochten werden. ⁴Die Art, Frist und Form des Rechtsmittels und das Gericht, bei dem es einzulegen ist, ergeben sich aus der der Entscheidung beigefügten Rechtsbehelfsbelehrung.

(6) Wird eine Verwaltungs- oder eine Gerichtsentscheidung nicht angefochten oder unanfechtbar, kann gegen den Betroffenen durch den BHV oder die in der Satzung und den Ordnungen Vorgesehenen vollstreckt werden.

IV. Organisation des Verbandes

A) Verwaltungsorgane

§ 17 Verwaltungsorgane des Verbandes

(1) der Verbandstag (VT),

(2) der Verbandsjugendtag (VJT),

(3) das Erweiterte Präsidium (EP),

(4) das Präsidium (P).

§ 18 Verwaltungsorgane der Bezirke

(1) der Bezirkstag (BT),

(2) der Bezirksjugendtag (BJT),

(3) die Bezirksleitung (BL).

§ 19 Rechte und Pflichten der Organe und ihrer Mitglieder

- (1) Jede Mitarbeit innerhalb aller Organe setzt die Mitgliedschaft bei einem dem BHV angehörenden Verein voraus.
- (2) Alle gewählten und berufenen Mitglieder üben ihr Amt ehrenamtlich aus.
- (3) ¹Sämtliche Organe sind zu unparteiischer Amts- bzw. Geschäftsführung nach bestem Wissen und Gewissen verpflichtet. ²Gegenüber Außenstehenden haben sie über alle Vorkommnisse Stillschweigen zu bewahren. ³Verbindliche Auskünfte an Dritte dürfen sie nur erteilen, wenn ein entsprechender Beschluss vorliegt.
- (4) ¹Verbandsmitarbeiter dürfen an Beratungen und Entscheidungen über eigene oder ihren Verein betreffende Angelegenheiten nicht teilnehmen. ²Es ist ihnen jedoch gestattet, ihren Verein bei Verhandlungen aller Art vor übergeordneten Instanzen zu vertreten.
- (5) ¹Alle Organe sind berechtigt, in Fällen, für die die Satzung und die Ordnungen keine Vorschriften enthalten, Anordnungen zu erlassen. ²Sie haben das Recht, das Befolgen ihrer Anordnungen durch Geldbußen zu erzwingen.
- (6) ¹Die Verbandsmitarbeiter werden auf Antrag vom BHV mit einem Ausweis ausgestattet. ²Dieser berechtigt in Verbindung mit einem amtlichen Lichtbildausweis zu freiem Eintritt bei allen Meisterschaftsspielen einschließlich der bayerischen Regionalligen.

§ 19a Wahl bzw. Berufung von Vertretern unterschiedlicher Geschlechter

¹Gewählte und berufene Gremien im BHV sind aufgefordert, in allen Gremien Vertreter unterschiedlicher Geschlechter zu wählen bzw. zu berufen. ²Das Präsidium ist verpflichtet, bei Vertretung nur eines Geschlechts in Wahlgremien mit mindestens drei Mitgliedern eine zusätzliche Person eines nicht vertretenen Geschlechts in dieses Gremium zu berufen. ³Falls das Präsidium oder der Vorstand Personen in Ausschüsse oder Kommissionen beruft, muss dabei mindestens eine Person eines nicht vertretenen Geschlechts berufen werden.

B) Verwaltungsorgane des Verbandes

1. Der Verbandstag

§ 20 Termin, Wahlperiode

¹Der ordentliche Verbandstag als höchstes Verwaltungsorgan des BHV findet alle vier Jahre statt. ²Der Termin ist sechs Monate vorher vom Präsidium schriftlich den Bezirksleitungen bekannt zu geben.

§ 21 Einberufung

¹Der Verbandstag wird vom Präsidium einberufen. ²Die Einberufung muss sechs Wochen vor dem Verbandstag unter gleichzeitiger Bekanntgabe von Ort, Zeit und Tagesordnung auf der Internetseite des Verbandes erfolgen und den Delegierten spätestens drei Wochen vor dem Verbandstag wenigstens in Textform zugehen. ³Die Behandlung von Anträgen auf Satzungsänderung muss mit deren Inhalt in der Tagesordnung enthalten sein.

§ 22 Zusammensetzung

Der Verbandstag setzt sich zusammen aus

- (1) den gewählten Delegierten der Vereine,

- (2) den Mitgliedern des EP,
- (3) den Ehrenpräsidenten und Ehrenmitgliedern des BHV,
- (4) den Kassenprüfern.

§ 23 Berechnung der Zahl der Delegierten der Vereine und deren Wahl

(1) Die Gesamtzahl der von den Vereinen zu wählenden Delegierten ist dreimal so hoch wie die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder des EP.

(2)¹Die jedem Bezirk zustehende Anzahl an Delegierten errechnet sich aufgrund der Mannschaften ab D-Jugend des Bezirks, die zum Stichtag 01.10. des Spieljahres, in dem der Verbandstag stattfindet, am Spielbetrieb eines Verbandes teilnehmen. ²Wechselt ein Verein den Bezirk, wird er für die Berechnung dem Bezirk zugeordnet, für den er zum vorgenannten Stichtag die Bestandsmeldung an den BLSV abgegeben hat. ³Alle Mannschaften von Vereinen, die nicht im Zuständigkeitsbereich des BHV spielen, sind bei der Berechnung der Delegiertenzahl ihrem Stammbezirk zuzurechnen. ⁴Soweit die Berechnung zu Bruchteilen von Delegiertenplätzen führt, erfolgt die Verteilung der Delegiertenplätze in der Reihenfolge der Höhe des einzelnen Bruchteils. ⁵Entfällt bei der Verteilung des letzten Delegiertenplatzes auf zwei oder mehrere Bezirke der gleiche Bruchteil, wird dieser durch das Präsidium im Losverfahren zugewiesen.

(3) Die Delegierten der Vereine werden bei den Bezirkstagen gewählt.

(4) ¹Eine der Delegiertenzahl im Bezirk entsprechende Zahl an Ersatzdelegierten ist zu wählen, deren Reihenfolge sich aus der Wahl ergeben muss. ²Sollte die Zahl der Ersatzdelegierten nicht ausreichen, bestimmt die Bezirksleitung die erforderlichen Ersatzdelegierten.

(5) Die Delegierten, gegebenenfalls die in Frage kommenden Ersatzdelegierten, sind zur Teilnahme am Verbandstag verpflichtet.

§ 23a Leitung des Verbandstages

¹Der Verbandstag wird vom Präsidenten geleitet. ²Der Verbandstag kann auf Vorschlag des Präsidenten aus seiner Mitte einen Versammlungsleiter wählen.

§ 24 Stimmrecht

Stimmberechtigt sind

- (1) die gewählten Delegierten der Vereine,
- (2) die Bezirksvorsitzenden,
- (3) die Mitglieder des Präsidiums; bei Neuwahlen jedoch nur, wenn sie gleichzeitig gewählte Delegierte sind; bei Entlastung besteht kein Stimmrecht.
- (4) Die übrigen der in § 22 genannten Mitglieder des Verbandstages haben nur beratende Stimme.

§ 25 Beschlussfähigkeit

Der VT ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Stimmberechtigten beschlussfähig.

§ 26 Abstimmungen

- (1) ¹Der Verbandstag entscheidet bei Wahlen und Anträgen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. ²Stimmengleichheit gilt als Ablehnung.
- (2) Eine Änderung der Satzung bedarf einer Mehrheit von 2/3 der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder des Verbandstages.
- (3) Zur Änderung des Verbandszwecks ist eine Mehrheit von 3/4 der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder des Verbandstages erforderlich.
- (4) Für die Durchführung der Wahlen und Abstimmungen gelten im Übrigen die Bestimmungen der Geschäftsordnung.

§ 27 Aufgaben

Der VT hat folgende Aufgaben:

- (1) Befassung mit den Grundsatzfragen des Handballsports und Festlegung von Richtlinien für die Erreichung des Vereinszwecks,
- (2) Befassung mit allen verwaltungsmäßigen und technischen Belangen des Verbandes,
- (3) Bildung und Beauftragung von Ausschüssen mit der Durchführung bestimmter Aufgaben,
- (4) Entgegennahme der Berichte des EP und der Kassenprüfer,
- (5) Beratung und Abstimmung über Satzungsänderungs- und sonstige Anträge,
- (6) Entlastung des Präsidiums,
- (7) Durchführung von Neuwahlen.

§ 28 Wahlen

¹Es sind zu wählen:

- (1) das Präsidium,
- (2) die beiden Kassenprüfer einschließlich der beiden Ersatzleute,
- (3) der Vorsitzende des Verbandsgerichts, der Vorsitzende des Verbandssportgerichts sowie die Vorsitzenden der vier Bezirkskammern,
- (4) die Beisitzer des Verbandsgerichts, des Verbandssportgerichts sowie der vier Bezirkskammern; für das Verbandsgericht und das Verbandssportgericht wird aus jedem Bezirk nach den Vorschlägen der Bezirksleitungen je ein Beisitzer gewählt, für die Bezirkskammern werden jeweils fünf Beisitzer nach den Vorschlägen der Bezirksleitungen gewählt, wobei eine Tätigkeit als Beisitzer einer Bezirkskammer und als Beisitzer des Verbandsgerichts oder des Verbandssportgerichts möglich ist,
- (5) die Delegierten und die Ersatzdelegierten zum Verbandstag des BLSV und zum Bundestag des DHB.

²Für den Fall, dass auf dem Verbandstag Funktionen nicht durch Wahl besetzt werden können oder Gewählte während ihrer Amtsperiode ausscheiden, ist das Erweiterte Präsidium berechtigt, Ersatzleute bis zum nächsten Verbandstag zu berufen.

§ 29 Anträge

¹Anträge können gestellt werden von

- (1) dem Präsidium,
- (2) dem Erweiterten Präsidium,
- (3) dem Verbandsjugendtag,
- (4) den Bezirkstagen,
- (5) der Satzungskommission im Rahmen des § 64.

²Die Formvorschriften einschließlich der Fristen für die Antragstellung ergeben sich aus der Geschäftsordnung.

§ 30 Öffentlichkeit

¹Der Verbandstag ist grundsätzlich öffentlich. ²Die Öffentlichkeit kann jedoch durch Beschluss mit einfacher Mehrheit ausgeschlossen werden.

§ 31 Kosten

Die Kosten des Verbandstages trägt der BHV.

2. Der außerordentliche Verbandstag

§ 32 Außerordentlicher Verbandstag - Einberufung

(1) Ein außerordentlicher Verbandstag muss einberufen werden

- a) auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Drittel der dem BHV angehörenden Vereine,
- b) auf Beschluss des Präsidiums,
- c) im Falle des Ausscheidens von mehr als drei Mitgliedern des Präsidiums.

(2) ¹Das Präsidium beruft unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung den außerordentlichen Verbandstag ein. ²Die Einberufung hat wenigstens in Textform zu erfolgen. ³Außerdem ist diese spätestens zwei Wochen vor Durchführung des außerordentlichen Verbandstages auf der Internetseite des Verbandes zu veröffentlichen. ⁴Die Behandlung von Anträgen auf Satzungsänderung muss mit ihrem Inhalt in der Tagesordnung enthalten sein. ⁵Der außerordentliche Verbandstag ist spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Vorliegen der Einberufungsvoraussetzungen durchzuführen.

§ 33 Delegierte zum außerordentlicher Verbandstag

Für einen außerordentlichen Verbandstag gilt die Wahl der Delegierten vom vorausgegangenen ordentlichen Verbandstag.

§ 34 Bestimmungen

Soweit erforderlich gelten die Bestimmungen des ordentlichen Verbandstages sinngemäß.

§ 35 Misstrauensanträge

¹Der außerordentliche Verbandstag hat Misstrauensanträge gegen Mitglieder des Präsidiums, des Erweiterten Präsidiums, ohne Bezirksvorsitzende, und der Verbandsfachausschüsse zu behandeln und darüber abzustimmen.

²Ein Misstrauensantrag ist nur bei Geltendmachung eines wichtigen Grundes zulässig; über die Zulässigkeit entscheidet der außerordentliche Verbandstag.

§ 36 Kosten

Die Kosten des außerordentlichen Verbandstages trägt der BHV.

3. Das Erweiterte Präsidium (EP)

§ 37 Das Erweiterte Präsidium (EP)

Das Erweiterte Präsidium ist das zweithöchste Verwaltungsorgan des BHV.

§ 38 Einberufung

¹Das Erweiterte Präsidium tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. ²Es wird vom Präsidium unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung einberufen. ³Das Erweiterte Präsidium muss auf Antrag von mehr als der Hälfte seiner stimmberechtigten Mitglieder vom Präsidium innerhalb von drei Wochen einberufen werden.

§ 39 Zusammensetzung

(1) Das Erweiterte Präsidium besteht aus:

- a) dem Präsidium,
- b) den Bezirksvorsitzenden oder deren Vertretern gem. § 92,
- c) den Vorsitzenden des Verbandsgerichts und des Verbandssportgerichts als nicht stimmberechtigte Mitglieder.

(2) Im Erweiterten Präsidium ist die Ausübung mehrerer Funktionen nicht zulässig.

§ 40 Aufgaben

(1) Das Erweiterte Präsidium hat folgende Aufgaben:

- a) Entgegennahme von Berichten,
- b) Beratung von Satzungsänderungen zur Vorlage am Verbandstag,
- c) Beratung und Genehmigung des Haushaltsplans,
- d) ¹Festsetzung der Spielbeiträge, Kosten (Gebühren und Auslagen) und Abgaben. ²Die Festsetzung von Rahmenbeträgen, die dann von den Bezirken für den jeweils von ihnen geleiteten Spielverkehr ausgefüllt werden können, ist zulässig,
- e) Zuordnung eines Vereins zu einem Bezirk.

(2) ¹Das Erweiterte Präsidium hat das Recht, notwendige Änderungen der Ordnungen nach Feststellung der Dringlichkeit mit Drei-Viertel-Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden oder bei schriftlicher Abstimmung mit Drei-Viertel-Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder rechtswirksam bis zum nächsten Verbandstag zu

beschließen. ²Dies gilt auch für redaktionelle Änderungen sowie für Änderungen des sachlichen Inhalts der Satzung, soweit sich diese zwingend aus Gesetzesänderungen, der Änderung der Rechtsprechung oder der Satzung und Ordnungen des DHB oder des BLSV ergeben. ³Derartige Beschlüsse sind zur endgültigen Entscheidung auf die Tagesordnung des nächsten Verbandstages zu setzen. ⁴Werden sie dort nicht bestätigt, kann das Erweiterte Präsidium gleiche Änderungen der Ordnungen nicht mehr beschließen.

(3) Für den Fall, dass auf dem Verbandstag Funktionen nicht durch Wahl besetzt werden können, ist das Erweiterte Präsidium berechtigt, Ersatzleute bis zum nächsten Verbandstag zu berufen.

§ 41 Beschlussfähigkeit

Das Erweiterte Präsidium ist bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln seiner stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig.

§ 42 Anträge

¹Anträge können gestellt werden von:

- (1) dem Präsidium,
- (2) dem Spelausschuss,
- (3) den Bezirksleitungen,
- (4) vom Verbandsjugendausschuss,
- (5) dem Verbandsausschuss für Leistungssport,
- (6) dem Verbandsbildungsausschuss,
- (7) dem Verbandsrechtsausschuss,
- (8) dem Verbandsfinanzausschuss,
- (9) der Satzungskommission im Rahmen des § 64.

²Die Formvorschriften einschließlich der Frist für die Antragstellung ergeben sich aus der Geschäftsordnung.

§ 43 Teilnahmerecht

¹Die stimmberechtigten Mitglieder des Erweiterten Präsidiums, ohne BV, sind berechtigt, an allen Sitzungen der Spilleitungen und Fachausschüsse der Bezirke teilzunehmen. ²Ein Stimmrecht steht ihnen nicht zu.

§ 44 Kosten

Die Kosten des Erweiterten Präsidiums (EP) trägt der BHV.

4. Das Präsidium

§ 45 Zusammensetzung des Präsidiums

(1) Das Präsidium setzt sich zusammen aus:

- a) dem Präsidenten,
- b) dem Vizepräsidenten Finanzen,
- c) dem Vizepräsidenten Jugend,
- d) dem Vizepräsidenten Mitgliederentwicklung und Schule,
- e) dem Vizepräsidenten Leistungssport,
- f) dem Vizepräsidenten Bildung,
- g) dem Vizepräsidenten Recht,
- h) dem Vizepräsidenten Spielbetrieb,
- i) dem Vizepräsidenten Verbandsentwicklung.

(2) Angestellte von Sportverbänden können dem Präsidium nicht angehören. Ausnahmen können auf Beschluss des Erweiterten Präsidiums nach Prüfung durch den Compliance-Beauftragten des DHB gestattet werden.

(3) Außerdem ist die Ausübung mehrerer Funktionen innerhalb des Präsidiums unzulässig.

§ 46 Aufgaben

Das Präsidium hat folgende Aufgaben:

(1) ¹Führung der Geschäfte des Verbandes, soweit nicht ausdrücklich die Zuständigkeit eines anderen Organs oder eines anderen Gremiums oder Funktionsträgers begründet ist. ²Festlegung der Zuständigkeit eines Präsidiumsmitgliedes für die Leitung der Verwaltung des BHV und die Beratung der Bezirke und Vereine in Verwaltungs- und Organisationsfragen, soweit nicht die Verantwortlichkeit eines anderen Ressortleiters begründet ist.

(2) Befassung mit den Grundsatzfragen des Handballsports.

(3) Erlass von Richtlinien zur Ausübung des Handballsports.

(4) ¹Aufsicht über die Bezirke, Ausschüsse, Mitarbeiter und Mitglieder des Verbandes. ²Zu diesem Zweck können Weisungen erlassen werden. ³Bei den Rechtsorganen beschränkt sich die Aufsicht auf die Prüfung, ob die jeweiligen Aufgaben und Pflichten rechtzeitig und formal ordnungsgemäß erfüllt wurden. ⁴Eine Aufsicht bezüglich der sachlichen Behandlung von laufenden Verfahren ist ausgeschlossen. ⁵Stellt das Präsidium fest, dass ein Mitglied einer Rechtsinstanz in hohem Maße pflichtwidrig gehandelt hat, kann es eine Amtsenthebungsklage beim Verbandsgericht einlegen. ⁶Dazu bedarf es einer Zweidrittelmehrheit der Präsidiumsmitglieder. ⁷Das Verbandsgericht entscheidet in der Besetzung von einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. ⁸Diese Entscheidung ist sportgerichtlich nicht anfechtbar.

(5) ¹Amtsenthebung von Mitarbeitern des Verbandes in allen Funktionen, ausgenommen Mitglieder der Rechtsorgane, bei wiederholter grober Pflichtverletzung, Amtsanmaßung oder erheblicher Kompetenzüberschreitung nach Gewährung rechtlichen Gehörs. ²Dazu bedarf es einer Zweidrittelmehrheit der Präsidiumsmitglieder. ³Ein derartiger Beschluss kann von dem Betroffenen vor dem Verbandsgericht angefochten werden. ⁴Dieses entscheidet in der Besetzung von einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. ⁵Diese Entscheidung ist sportgerichtlich nicht anfechtbar.

(6) ¹Amtsenthebung von Mitarbeitern auf Verbands- und Bezirksebene wegen grober Ansehenschädigung des Verbandes. ²Absatz 5 Sätze 2 bis 5 gelten entsprechend.

(7) Berufung von Ersatzleuten für vorzeitig ausgeschiedene Mitglieder des EP, mit Ausnahme der BV, und der Fachausschüsse auf Verbandsebene bis zum nächsten VT,

(8) Beschlussfassung über den Haushaltsplan,

- (9) Einberufung des ordentlichen und außerordentlichen VT und der EP-Tagungen unter Bestimmung des Ortes, der Zeit und der Tagesordnung und unter Beachtung der sonstigen Vorschriften dieser Satzung und der Geschäftsordnung,
- (10) ¹Entsendung von Delegierten in die Gremien fachlicher und überfachlicher Organisationen. ²Stimmenübertragung ist möglich, sofern die Satzungen dieser Organisationen dies zulassen,
- (11) Genehmigung von Spielabschlüssen der Auswahlmannschaften des BHV,
- (12) Vorläufige Zuordnung von neu oder wieder aufgenommenen Vereinen zu einem Bezirk,
- (13) Ausübung des Gnadenrechts,
- (14) Zuordnung weiterer Aufgaben auf die einzelnen Ressorts,
- (15) Berufung von einzelnen Mitarbeitern und Mitgliedern in Ausschüsse, Kommissionen oder Arbeitskreise, sofern keine anderweitige Zuständigkeit besteht.
- (16) ¹Genehmigung von Spielgemeinschaften auf Antrag der die SG bildenden Vereine. ²Gegen die Entscheidung des Präsidiums kann Einspruch von den Antragstellern beim Verbandsgericht des BHV eingelegt werden. ³Näheres regelt die Rechtsordnung.
- (17) ¹Spielklassenübertragung gem. § 41 SpO. ²Die Entscheidung des Präsidiums ist sportgerichtlich nicht anfechtbar.
- (18) Festlegen der Sätze für Aufwandsentschädigungen, Tagesspesen und pauschalen Übernachtungsspesen für ehrenamtliche Mitarbeiter.
- (19) Festlegen der Gebühren für Übungsleiterlehrgänge und die B-Trainer-Ausbildung.

§ 47 Beschlussfähigkeit

Das Präsidium ist bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte seiner Mitglieder beschlussfähig.

§ 48 Kosten

Die Kosten des Präsidiums trägt der BHV.

§ 49 Der Verbandspräsident

- (1) ¹Der BHV wird gerichtlich und außergerichtlich durch den Präsidenten oder durch jeweils zwei Vizepräsidenten gemeinsam vertreten. ²Im Innenverhältnis gilt, dass nur im Falle der Verhinderung des Präsidenten jeweils zwei Vizepräsidenten zu seiner Vertretung berechtigt sind.
- (2) ¹Der Verbandspräsident führt den BHV. ²Er bestimmt die Richtlinien der Verbandsarbeit im Rahmen der Satzung und Ordnungen und der Beschlüsse des VT und EP. ³Er hat in allen Ausschüssen und bei Tagungen des BHV Sitz und Stimme mit Ausnahme der Rechtsinstanzen. ⁴Er führt den Vorsitz beim VT, EP und im Präsidium. ⁵Er beruft das Präsidium unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein. ⁶Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens eines Präsidiumsmitgliedes beruft er einen Vertreter im Einvernehmen mit dem EP; im Falle des Ausscheidens des Vizepräsidenten Jugend erfolgt die Berufung zusätzlich im Benehmen mit dem Verbandsjugendausschuss. ⁷Er genehmigt Dienstreisen der Mitglieder des EP. ⁸Er darf einzelne Aufgaben oder Aufgabengebiete auf Dritte delegieren, ohne dass dadurch die eigene Verantwortlichkeit berührt wird.

§ 50 Vizepräsidenten

- (1) Die Vizepräsidenten leiten ihre Ressorts grundsätzlich eigenverantwortlich im Rahmen der vorgegebenen Richtlinien.
- (2) Sie sind berechtigt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben ehrenamtliche Mitarbeiter zu berufen.
- (3) ¹In allen nachgeordneten Gremien haben sie Teilnahme- und Rederecht. ²Ein Stimmrecht steht ihnen, soweit keine anderweitige Regelung besteht, nicht zu. ³Diese Einschränkung gilt nicht für Gremien, die ihrem Ressort nachgeordnet sind.
- (4) Sie regeln ihre Vertretung in den von ihnen geleiteten Ausschüssen, soweit keine anderweitige Regelung besteht, für die Dauer der Wahlperiode selbst.

§ 51 Vizepräsident Finanzen

- (1) ¹Er verwaltet die Finanzen des BHV auf Verbandsebene im Rahmen des genehmigten Haushaltsplans nach den Grundsätzen einer ordnungs-gemäßen Haushaltsführung. ²Er erstellt den Haushaltsplanentwurf. ³Er beaufsichtigt die Verwaltung der Finanzen durch die nachgeordneten Gliederungen des BHV.
- (2) Er führt den Vorsitz im Finanzausschuss und beruft dessen Sitzungen unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein.

§ 52 Vizepräsident Jugend

- (1) ¹Der Vizepräsident Jugend ist zuständig für Grundsatzfragen der Jugendarbeit sowie für die Förderung der Betreuung und Ausbildung von Jugendlichen durch die Vereine und den BHV. ²Er vertritt die Interessen der Jugendlichen innerhalb und außerhalb des Verbandes und bringt sich insbesondere an der Schnittstelle zwischen den Ressorts der Vizepräsidenten Leistungssport, Spielbetrieb und Bildung ein. ³Darüber hinaus ist er für die Gewinnung und Förderung von jungem Engagement, für die Koordination und Förderung des Jugendsprecherwesens sowie für die Impulsaufnahme aus dem Jugendbereich zuständig.
- (2) ¹Der Vizepräsident Jugend ist Vorsitzender des Verbandsjugendausschusses und führt den Vorsitz beim Verbandsjugendtag. ²Das Nähere regelt die Jugendordnung.

§ 52 a Vizepräsident Mitgliederentwicklung und Schule

¹Der Vizepräsident Mitgliederentwicklung und Schule ist zuständig für die politische, strukturelle und inhaltliche Bearbeitung des Themas Schule, Ganztage und Freiwilligendienste. ²Er verantwortet die Förderung und Stärkung aller Zielgruppen im Bereich des Handballs sowie die Konzeptentwicklung für weitere Zielgruppen und ergänzende Trends im Handballsport. ³Darüber hinaus ist er für die Aktivitäten in den Bereichen Inklusion, Integration und Gleichstellung zuständig.

§ 53 Vizepräsident Leistungssport

- (1) Er hat folgende Aufgaben:
 - a) Verantwortung für alle fachlichen Belange im Bereich Talentsichtung und Talentförderung
 - b) Entwicklung durchgängiger und allgemeingültiger Konzepte in den Bereichen:
 - aa) Spiel- und Trainingsauffassung,
 - bb) Talentförderungssystem,

- cc) Rahmentrainingspläne,
 - dd) Leistungskonzept des Verbandes.
- c) Entwicklung fachlicher Konzepte, Aspekte des Wettkampfwesens, der Talentsichtung und der Talentförderung.
 - d) Festlegung von Sichtung- und Förderungsmaßnahmen für Spieler in Absprache mit den Vizepräsidenten Jugend und Mitgliederentwicklung und dem Vizepräsidenten Spielbetrieb,
 - e) Unterstützung und Zusammenarbeit mit den Organen und Mitgliedern der Bezirke und Vereine,
 - f) Genehmigung von Auswahlspielen der Bezirke,
 - g) Verantwortung für Personalplanung und Personaleinsatz im Leistungssport, insbesondere:
 - aa) Auswahl und Aus- und Weiterbildung künftiger BHV-Trainer,
 - bb) Vorschlagsrecht an das Präsidium zur Berufung von Mitarbeitern und BHV-Trainern im Leistungssport des Verbandes,
 - cc) Aufgabenfestlegung und Planung des Personaleinsatzes von BHV-Trainern im Leistungssport,
 - dd) Berufung von Mitarbeitern im Leistungssport der Bezirke im Benehmen mit der Bezirksleitung.
- (2) Er führt den Vorsitz im Verbandsausschuss für Leistungssport und beruft ihn regelmäßig zu Sitzungen unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein.

§ 54 Vizepräsident Bildung

(1) Er hat folgende Aufgaben:

- a) Verantwortung für alle fachlichen Belange der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern im Bereich
 - aa) Übungsleiter ohne Lizenz,
 - bb) Fachübungsleiter Handball,
 - cc) B-Trainer,
 - dd) Kinderhandball,
 - ee) Vereinssport,
 - ff) Schulung von Mitarbeitern in Bildungseinrichtungen,
 - gg) Schiedsrichterlehrwesen.
- b) Entwicklung durchgängiger und allgemeingültiger Konzepte der Aus- und Weiterbildung in den in Buchstabe a) genannten Bereichen.
- c) Erarbeitung von Lehrmaterialien für alle Bereiche des Ressorts.
- d) Festlegen von Lehrgängen, Prüfungen und Maßnahmen für den Bereich Bildung.
- e) Unterstützung und Zusammenarbeit mit den Organen und Mitgliedern der Bezirke und Vereine.
- f) Genehmigung von Aus- und Weiterbildungsangeboten der Bezirke.
- g) Verantwortung für Personalplanung und Personaleinsatz im Leistungssport, insbesondere
 - aa) Auswahl und Aus- und Weiterbildung von BHV-Trainern;
 - bb) Vorschlagsrecht an das Präsidium zur Berufung von Mitarbeitern, Referenten und BHV-Trainern für das Lehrwesen des Verbandes;

cc) Aufgabenfestlegung und Planung des Personaleinsatzes von Mitarbeitern, Referenten und BHV-Trainern für das Lehrwesen;

dd) Berufung von Mitarbeitern im Bildungsbereich der Bezirke im Benehmen mit der Bezirksleitung.

(2) Er führt den Vorsitz im Bildungsausschuss und beruft ihn regelmäßig zu Sitzungen unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein.

§ 55 Vizepräsident Recht

(1) ¹Er berät die Organe, Ausschüsse, die Verwaltungsinstanzen, insbesondere die Spielleitenden Stellen, die Mitglieder des BHV und die am Spielbetrieb Teilnehmenden in Rechtsangelegenheiten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Ausübung des Handballsports im BHV stehen und erledigt Rechtsangelegenheiten, soweit nicht die Rechtsorgane zuständig sind. ²Er vertritt den BHV vor den Rechtsorganen. ³Er ist zuständig für die Überprüfung und Fortentwicklung der Satzung und der Ordnungen. ⁴Er gewährleistet die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter des Verbandes, insbesondere der Mitglieder der Rechtsorgane, im Bereich der Anwendung der Satzung und der Ordnungen. ⁵Er weist Streitigkeiten Rechtsinstanzen zu, soweit keine anderweitige Regelung besteht.

(2) ¹Er leitet den Rechtsausschuss und die Satzungskommission. ²Er beruft diese Gremien unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung je nach Bedarf ein.

§ 56 Vizepräsident Spielbetrieb

(1) ¹Er ist zuständig für Grundsatzfragen der Planung und Weiterentwicklung des Spielbetriebs aller Spiel- und Altersklassen im Bereich des BHV. ²Er führt die Aufsicht über den gesamten Spielbetrieb und die Spielleitenden Stellen. ³Er wirkt bei der Genehmigung von Auswahlspielen der Bezirke mit.

(2) Er führt den Vorsitz im Spielausschuss und beruft diesen zu Sitzungen unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung mindestens zweimal im Jahr ein.

§ 57 Vizepräsident Verbandsentwicklung

(1) Der Vizepräsident Verbandsentwicklung ist für die kontinuierliche Weiterentwicklung des Verbandes zuständig.

(2) ¹Der Vizepräsident Verbandsentwicklung leitet die Ausschüsse für Verbandsentwicklung und Digitale Entwicklung. ²Ihm ist der Referent für Entwicklung (§ 58) direkt zugeordnet.

5. Weitere Verbandsgremien

§ 58 Stabsstellen beim Präsidium

(1) Zur Unterstützung der Arbeit beim Präsidium können zeitlich befristet, jedoch längstens für die Dauer einer Wahlperiode im Sinne des § 20, Referenten berufen werden, insbesondere für Entwicklung, Breitensport, Kinderhandball, Schulsport, Öffentlichkeitsarbeit, Marketing und Informationstechnik.

(2) ¹Das Präsidium ordnet die Referate einzelnen Ressorts zu. ²Es unterliegt bei der Gestaltung der Zuständigkeit einzelner Referenten keinen Einschränkungen und kann insbesondere die Berufung von Referenten auch aufheben.

§ 59 Finanzausschuss

(1) Dem Finanzausschuss gehören neben dem Vizepräsidenten Finanzen als Vorsitzenden mindestens zwei weitere Mitglieder an.

(2) Die Mitglieder werden vom Präsidium im Benehmen mit dem Ressortleiter berufen.

(3) ¹Die Ausschussmitglieder unterstützen den Vorsitzenden bei seiner Arbeit. ²Ihnen können einzelne Aufgaben oder gesamte Aufgabenbereiche zur eigenständigen Erledigung übertragen werden. ³Die Verantwortlichkeit des Vorsitzenden wird dadurch nicht berührt.

(4) ¹Zu den Sitzungen, die je nach Bedarf stattfinden, lädt der Vorsitzende unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein. ²Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. ³Der Vorsitzende hat auch auf mehrheitliches Verlangen der Mitglieder innerhalb von vier Wochen eine Sitzung zu terminieren.

(5) Dem Finanzausschuss sind alle finanzielle Regelungen und Änderungen innerhalb der Satzungen, Ordnungen und sonstige Anordnungen des Verbandes vor deren Beschluss und/oder Veröffentlichung zur Prüfung vorzulegen, sofern sie finanzielle Auswirkungen auf Verband, Funktionäre, Angestellte, Vereine haben oder haben könnten.

§ 60 Verbandsjugendausschuss

Das Nähere regelt die Jugendordnung.

§ 61 Ausschüsse des Ressorts Leistungssport

a) Ausschuss für Leistungssport

(1) Der Ausschuss für Leistungssport setzt sich zusammen aus:

- a) dem Vizepräsidenten für Leistungssport als Vorsitzenden,
- b) dem Vizepräsidenten Bildung,
- c) den stellvertretenden BV, denen das Ressort Leistungssport übertragen wurde,
- d) den hauptamtlichen Trainern,
- e) dem Koordinator Jugend, Leistungssport, Bildung und Spielbetrieb.

(2) Die Mitglieder werden vom Präsidium auf Vorschlag des Vizepräsidenten Leistungssport berufen.

(3) Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

- a) Erarbeitung von Konzepten zur Talentsichtung und Talentförderung,
- b) Erarbeitung von durchgängigen Konzepten für den Leistungssport,
- c) Festlegung von Sichtungsterminen und Maßnahmen,
- d) Festlegung von Kriterien zur Sichtung und Talentförderung,
- e) Planung des Personaleinsatzes bei Sichtungen und Maßnahmen der Talentförderung,
- f) Zusammenarbeit mit dem Hochleistungsbereich des DHB und der Vereine des BHV,
- g) Entsendung eines Mitarbeiters in den Spielausschuss.

(4) ¹Der Vorsitzende lädt zu Sitzungen, mindestens zweimal jährlich und nach Bedarf, unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein. ²Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

b) Trainerkommission

(1) Die Kommission setzt sich zusammen aus:

- a) Vizepräsident Leistungssport,
- b) den BHV-Trainern im Bereich Talentförderung,
- c) den hauptamtlichen Trainern,
- d) dem Koordinator Jugend, Talentförderung, Bildung und Spielbetrieb.

(2) Die Mitglieder werden vom Präsidium auf Vorschlag des Vizepräsidenten Leistungssport berufen.

(3) Die Kommission hat folgende Aufgaben:

- a) Festlegung der Maßnahmen im Bereich der Talentförderung auf Verbandsebene,
- b) Umsetzung neuer Entwicklungen im Hochleistungssport,
- c) Personaleinsatz bei Maßnahmen im Hochleistungsbereich.

(4) ¹Der Vorsitzende lädt zu Sitzungen, mindestens einmal jährlich und nach Bedarf, unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein. ²Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

§ 62 Bildungsausschuss

(1) Der Bildungsausschuss setzt sich zusammen aus:

- a) dem Vizepräsidenten Bildung als Vorsitzenden,
- b) dem Vizepräsidenten Leistungssport,
- c) den hauptamtlichen Trainern,
- d) den BHV-Trainern im Bereich Bildung,
- e) dem Referenten für Schulhandball,
- f) dem Referenten für Kinderhandball,
- g) dem Referenten für das Schiedsrichterlehrwesen,
- h) dem Referenten für die Übungsleiterausbildung,
- i) dem Referenten für die B-Trainerausbildung.

(2) Die Mitglieder werden vom Präsidium auf Vorschlag des Vizepräsidenten Bildung berufen.

(3) Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

- a) Erarbeitung von Konzepten zur Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern auf allen Ebenen und allen Bereichen,
- b) Planung und Durchführung im Bereich Aus- und Weiterbildung,
- c) Zusammenarbeit mit den Gremien des Schulsports,

d) Entwicklung von Ausbildungskonzepten insbesondere:

- aa) Schulsport,
- bb) Kinderhandball,
- cc) Breitensport,
- dd) Vereinsmitarbeiter.

(4) ¹Der Vorsitzende lädt zu Sitzungen, die je nach Bedarf stattfinden, unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein. ²Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

§ 63 Rechtsausschuss

(1) Der Ausschuss besteht aus dem Vizepräsidenten Recht als Vorsitzenden und mindestens zwei weiteren Mitgliedern.

(2) Die Mitglieder werden vom Präsidium im Benehmen mit dem Ressortleiter berufen.

(3) ¹Die Ausschussmitglieder unterstützen den Vorsitzenden bei seiner Arbeit. ²Ihnen können einzelne Aufgaben oder gesamte Aufgabenbereiche zur eigenständigen Erledigung übertragen werden. ³Die Verantwortlichkeit des Vorsitzenden wird dadurch nicht berührt.

(4) ¹Der Vorsitzende lädt, unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung, zu den je nach Bedarf stattfindenden Sitzungen ein. ²Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

§ 64 Satzungskommission

(1) Die Satzungskommission besteht neben dem Vizepräsidenten Recht aus den Vorsitzenden des Verbands- und des Verbandssportgerichts.

(2) ¹Sie hat die Aufgabe, Vorschläge an das Präsidium zur Fortentwicklung von Satzung, Ordnungen und Zusatzbestimmungen zu Ordnungen auszuarbeiten und Stellungnahmen zu eingebrachten Vorschlägen für die Änderung von Satzung, Ordnungen und Zusatzbestimmungen zu Ordnungen zu erarbeiten. ²Sie darf in diesem Zusammenhang mit der Erarbeitung von Stellungnahmen zu Anträgen diese zusammenfassen und in dieser Form dem Entscheidungsgremium vorschlagen sowie Ergänzungen zu Anträgen einbringen. ³Darüber hinaus hat sie kein eigenes Antragsrecht.

(3) ¹Sie tritt bei Bedarf zusammen. ²Hierzu wird sie vom Vizepräsidenten Recht unter Angabe von Ort, Zeit und Tagesordnung einberufen.

§ 65 Ausschuss für Verbandsentwicklung

(1) Der Ausschuss besteht aus dem Vizepräsidenten Verbandsentwicklung als Vorsitzenden, dem Referenten für Entwicklung als stellvertretenden Vorsitzenden und mindestens drei weiteren Mitgliedern.

(2) Die Mitglieder werden vom Präsidium auf Vorschlag des Ressortleiters berufen.

(3) ¹Die Ausschussmitglieder unterstützen den Vorsitzenden bei seiner Arbeit. Ihnen können einzelne Aufgaben oder gesamte Aufgabenbereiche zur eigenständigen Erledigung übertragen werden. ²Die Verantwortlichkeit des Vorsitzenden wird dadurch nicht berührt.

(4) Der Ausschuss hat folgende Aufgaben

- a) Prüfung der Entwicklung des Handballsports,

- b) Feststellung von Tendenzen und Trends,
- c) Erarbeitung von Konzepten, Lösungsvorschlägen und Empfehlungen,
- d) Kontinuierliche Überprüfung und Weiterentwicklung vorhandener haupt- und ehrenamtlicher Strukturen, Positionen und Aufgabenverteilungen,
- e) Entwicklung von Lösungsvorschlägen zur Verbesserung von Kommunikation und Zusammenarbeit.

(5) Der Vorsitzende lädt, unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung, zu den Sitzungen ein. Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

(6) Der Ausschuss tagt mindestens einmal im Halbjahr.

§ 65a Ausschuss für digitale Entwicklung

(1) Der Ausschuss besteht aus dem Vizepräsidenten Verbandsentwicklung als Vorsitzenden, dem Referenten für Entwicklung und mindestens drei weiteren Mitgliedern.

(2) Die Mitglieder werden vom Präsidium auf Vorschlag des Ressortleiters berufen.

(3) Die Ausschussmitglieder unterstützen den Vorsitzenden bei seiner Arbeit. Ihnen können einzelne Aufgaben oder gesamte Aufgabenbereiche zur eigenständigen Erledigung übertragen werden. Die Verantwortlichkeit des Vorsitzenden wird dadurch nicht berührt.

(4) Der Ausschuss hat folgende Aufgaben

- a) Überwachung des Soft- & Hardwarekonzepts des Verbandes,
- b) Überwachung und Weiterentwicklung des Spielplanprogramms nuLiga, insb. Koordination der nuLiga-Beauftragten,
- c) Erstellen von Beschlussvorlagen für das Präsidium,
- d) Konzeptionierung von Fortbildungsveranstaltungen für Mitglieder im digitalen Bereich,
- e) Betreuung und Weiterentwicklung Verbandshomepage und Kommunikationskanäle,
- f) Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für digitale Repräsentation, Vermarktung und Veränderung,
- g) Erstellung von Empfehlungen für einzelne Ressorts.

(5) Der Vorsitzende lädt, unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung, zu den Sitzungen ein. Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

(6) Der Ausschuss tagt mindestens einmal im Halbjahr.

§ 66 Spielausschuss

(1) Der Spielausschuss besteht aus

- a) dem Vizepräsidenten Spielbetrieb als Vorsitzenden,
- b) dem Vertreter des Vizepräsidenten Spielbetrieb als stellvertretendem Vorsitzenden,
- c) dem Vizepräsidenten Leistungssport,
- d) dem Verbandsmännerspielwart,
- e) dem Verbandsfrauenspielwart,
- f) dem Verbandsschiedsrichterwart,

- g) dem Verbandsjugendspielwart männliche Jugend,
 - h) dem Verbandsjugendspielwart weibliche Jugend,
 - i) den beiden Verbandsjugendsprechern,
 - j) je einem Vertreter der Bezirke (Mitglied der Bezirksleitung; die Festlegung des Vertreters durch den Bezirk erfolgt jeweils zu Beginn einer Wahlperiode,
 - k) einem für den Spielbetrieb zuständigen Mitarbeiter der BHV-Geschäftsstelle als nicht stimmberechtigtes Mitglied.
- (2) Die Mitglieder des Spielausschusses werden, soweit sie nicht von anderen Organen oder Gremien gewählt werden, vom Präsidium im Benehmen mit dem Vizepräsidenten Spielbetrieb und dem Vizepräsidenten Jugend berufen.
- (3) Der Spielausschuss hat insbesondere folgende Aufgaben
- a) Durchführung der Beschlüsse des Verbandstags, des Erweiterten Präsidiums und des Präsidiums für den Bereich Spielbetrieb,
 - b) Regelung des Spielbetriebs für die Ligen und Meisterschaften der Erwachsenen und Jugendlichen auf Verbandsebene,
 - c) Überwachung des gesamten Spielbetriebs auf Verbands- und Bezirksebene,
 - d) Anordnung von Spielverboten in bestimmten Gebieten bei besonderen Anlässen,
 - e) Genehmigung von Freundschaftsspielen gegen Vereine, die nicht einem Landesverband des DHB angeschlossen sind,
 - f) Festlegung von Pokalwettbewerben,
 - g) Entscheidung bei notwendigen Sonderregelungen über den Auf- und Abstieg bei den Ligen auf Verbandsebene,
 - h) Durchführung des Meisterschaftsspielbetriebs und der jeweiligen Meisterschaften, einschließlich der Bestimmung der Spielleitenden Stellen, soweit sie nicht schon durch das Präsidium oder die Bezirksleitung festgelegt worden sind,
 - i) Durchführung der Pokalspiele,
 - j) Genehmigung von Doppelspielen.
- Das Präsidium kann dem Spielausschuss weitere Aufgaben übertragen.
- (4) Die Spielwarte übernehmen die in Absatz 3 h) bis j) genannten Aufgaben.
- (5) ¹Soweit bei der Aufgabenerfüllung Belange der Jugend betroffen sind, hat eine Entscheidung oder eine Maßnahme im Benehmen mit dem Verbandsjugendausschuss zu erfolgen. ²Der Verbandsjugendausschuss kann dabei eigene Vorschläge unterbreiten.
- (6) ¹Die Mitglieder erfüllen ihre Aufgaben grundsätzlich eigenständig im Rahmen der Satzung und Ordnungen. ²Die Verantwortlichkeit des Vorsitzenden wird dadurch nicht berührt.
- (7) ¹Der Vorsitzende lädt, unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung, mindestens zweimal im Jahr zu einer Sitzung ein. ²Der Ausschuss ist bei einer Anwesenheit von mindestens zehn Mitgliedern beschlussfähig.

§ 67 (weggefallen)

§ 68 Ausschuss für Gleichstellung und soziale Themen

- (1) ¹Dem Ausschuss für Gleichstellung und soziale Themen gehören neben dem Vizepräsidenten Jugend als Vorsitzendem mindestens zwei weitere Mitglieder an. ²Sie werden vom Präsidium auf Vorschlag des Vizepräsidenten Jugend und Mitgliederentwicklung berufen.
- (2) ¹Die Ausschussmitglieder unterstützen den Vorsitzenden bei seiner Arbeit. ²Ihnen können einzelne Aufgaben oder gesamte Aufgabenbereiche zur eigenständigen Erledigung übertragen werden. ³Die Verantwortlichkeit des Vorsitzenden wird dadurch nicht berührt.
- (3) ¹Zu den Sitzungen, die nach Bedarf stattfinden, lädt der Vorsitzende unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung ein. ²Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

§ 69 Fachausschüsse

- (1) Zum Zweck der Leitung des Spielbetriebs und sonstiger Aufgaben innerhalb des Verbandes können auf Verbands- und Bezirksebene Ausschüsse eingerichtet werden.
- (2) Über ihre Einrichtung entscheidet
 - a) auf Verbandsebene das Präsidium,
 - b) auf Bezirksebene die Bezirksleitung.
- (3) Die Einrichtung von Ausschüssen im Jugendbereich erfolgt gemäß der Jugendordnung.
- (4) ¹Die Ausschüsse bestehen aus dem Vorsitzenden (Ressortleiter) und mindestens zwei Beisitzern. ²Die Mitglieder der Schiedsrichterausschüsse müssen aktive oder passive Schiedsrichter sein.
- (5) ¹Die Mitglieder der Ausschüsse werden gemäß ihrem Zuständigkeitsbereich vom Präsidium oder von der Bezirksleitung berufen, soweit keine anderweitige Regelung besteht. ²Grundsätzlich führt der zuständige Fachwart den Vorsitz. ³Ist die Aufgabe einem Ressort nicht eindeutig zuzuordnen, bestimmt das Präsidium oder die jeweilige Bezirksleitung den Vorsitzenden. ⁴Die Ausschüsse regeln grundsätzlich eigenständig zu Beginn ihrer Tätigkeit auf Dauer die gegenseitige Vertretung innerhalb des Ausschusses.
- (6) Die Aufgaben werden durch die berufenden Organe festgelegt.
- (7) ¹Der Vorsitzende lädt unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung je nach Bedarf zu den Sitzungen ein. ²Die Ausschüsse sind beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

6. Organisation im Jugendbereich

§ 70 Vertretung der Jugend im BHV

- (1) Zur Förderung der Jugendarbeit und zur Vertretung der Jugend auf allen Ebenen gibt sich der BHV eine Jugendordnung (JO).
- (2) ¹Beim BHV und den Bezirken gibt es folgende Gliederungen:
 - a) Verbandsjugendtag (VJT),
 - b) Verbandsjugendausschuss (VJA),

- c) Bezirksjugendtag (BJT),
- d) Bezirksjugendausschuss (BJA).

²Das Nähere regelt die Jugendordnung.

7. Gerichtsbarkeit des Verbandes

§ 71 Rechtsorgane

(1) Innerhalb der Verbandsgerichtsbarkeit gibt es folgende Rechtsorgane:

- a) das Verbandsgericht (VG),
- b) das Verbandssportgericht (VSG),
- c) vier Bezirkskammern (BK).

(2) Die Verbandsgerichtsbarkeit umfasst demnach drei Instanzen, vom den Bezirkskammern als der untersten bis zum Verbandsgericht als der obersten.

§ 72 Verfahrensregelungen

(1) ¹Die Gerichte des Verbandes entscheiden eigenverantwortlich und unabhängig unter besonderer Berücksichtigung sportlicher Gesichtspunkte. ²Sie sind an Empfehlungen und Weisungen nicht gebunden.

(2) ¹Der Einzelne (Verein oder dessen Mitglied) soll vor den Gerichten schriftlich oder mündlich gehört werden. ²Rechtsschutz ist stets so zu gewähren, dass er sportlichen Gesichtspunkten gerecht wird, insbesondere zügig und umfassend. ³Der Instanzenzug ist innerhalb des BHV oder einschließlich der Gerichtsbarkeit des DHB dreizügig. ⁴Eine Ausnahme vom mehrzügigen Instanzenweg gilt für die Fälle, in denen das Verbandsgericht in Streitfällen zwischen Verband und Vereinen in Fragen der Verwaltungsorganisation (wie z.B. Ausschluss eines Vereins, Wiederaufnahme eines Vereins, Versagen der Zustimmung zur Bildung einer Spielgemeinschaft) als erste und letzte Instanz entscheidet.

(3) ¹Das Nähere regeln die Rechtsordnung des DHB und die Zusatzbestimmungen des BHV zur Rechtsordnung. ²Diese Regelungen sind in den Fällen, in denen das Verbandsgericht allein zuständig ist, sinngemäß anzuwenden.

V. Die Bezirke

A) Der Bezirkstag

§ 73 Der Bezirkstag

Der Bezirkstag ist das höchste Verwaltungsorgan des Bezirks.

§ 74 Termin – Wahlperiode

(1) ¹Der Bezirkstag findet alle vier Jahre statt. ²Er ist zwingend spätestens acht Wochen vor dem Verbandstag durchzuführen.

(2) In allen Jahren zwischen den Bezirkstagen findet eine Delegiertenversammlung des Bezirks statt, für die hinsichtlich Einberufung, Teilnahmepflicht und Zusammensetzung die nachstehenden Regelungen analog gelten.

§ 75 Einberufung

Die Bezirksleitung beruft den Bezirkstag unter gleichzeitiger Bekanntgabe von Ort, Zeit und Tagesordnung spätestens sechs Wochen vorher ein.

§ 76 Teilnahmepflicht

Die Teilnahme mindestens eines Vertreters pro Verein am Bezirkstag ist Pflicht. ²Diese Pflicht gilt nicht für Vereine, die keine Mannschaft im Spielbetrieb haben.

§ 77 Zusammensetzung

(1) Der Bezirkstag setzt sich zusammen aus:

- a) den Delegierten der Vereine,
- b) der Bezirksleitung,
- c) den Ehrenvorsitzenden und Ehrenmitgliedern des Bezirkes.

(2) ¹Jeder Verein, der Mitglied des BHV ist (mit Ausnahme der Vereine, die mit sämtlichen Mannschaften eine Spielgemeinschaft bilden) und alle Spielgemeinschaften des Bezirkes (außer den Spielgemeinschaften gem. § 4 (2) der Spielordnung) haben am Bezirkstag mindestens eine Grundstimme, die ausschließlich durch einen Vertreter des Vereins bzw. der Spielgemeinschaft wahrgenommen werden kann. ²Für jeweils 3 Mannschaften erhalten die Vereine bzw. die Spielgemeinschaften einen Zusatzdelegierten. ³Zur Berechnung der Zahl der Zusatzdelegierten werden alle Mannschaften ab der D-Jugend berücksichtigt, die am Stichtag 01.10. des Spieljahres in dem der Bezirkstag stattfindet, am Spielbetrieb eines Verbandes in der Halle teilnehmen. ⁴Die Mannschaften(en) einer Spielgemeinschaft gem. § 4 (2) SpO werden dem federführenden Verein (Anhang I zur SpO, Abschnitt IV, Nr. 3) zugerechnet. ⁴Überschießende Bruchteile fallen weg. ⁵Steht einem Verein mehr als eine Stimme zu, kann er diese nur durch Entsendung einer entsprechenden Zahl weiterer Delegierter wahrnehmen. ⁶Die Delegierten eines Vereins müssen nicht einheitlich abstimmen.

(3) Soweit Vereine in einem anderen Bezirk des BHV als ihrem angestammten Bezirk überwiegend am Spielbetrieb teilnehmen, haben sie nur im Gastbezirk Stimmrecht.

(4) ¹Vereine, die in einem anderen Landesverband ganz oder teilweise am Spielbetrieb teilnehmen, üben ihr Stimmrecht in ihrem Stammbezirk aus. ²Für die Berechnung der Delegiertenzahl gilt Abs. 2.

(5) Für Spielgemeinschaften gelten dieselben Bestimmungen wie für Vereine.

§ 78 Stimmberechtigte

Stimmberechtigt sind:

- (1) die Delegierten der Vereine,
- (2) die Mitglieder der Bezirksleitung; bei Neuwahlen jedoch nur, wenn sie gleichzeitig stimmberechtigte Delegierte der Vereine sind; bei Entlastung besteht kein Stimmrecht,
- (3) der Verbandspräsident bzw. dessen Vertreter beim BT.

(4) Die übrigen in § 77 Abs. 1 genannten Mitglieder des Bezirkstages haben nur beratende Stimme.

§ 79 Beschlussfassung

Für die Beschlussfassung gelten die Bestimmungen für den Verbandstag entsprechend.

§ 80 Aufgaben

Der Bezirkstag hat folgende Aufgaben:

- (1) Befassung mit Grundsatzfragen des Handballsports auf Bezirksebene und Erlass von Richtlinien,
- (2) Befassung mit verwaltungsmäßigen und technischen Belangen des Bezirks,
- (3) Festlegung des Spielbetriebs und Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen der Satzung und der Ordnungen,
- (4) Beratung und Beschlussfassung über Anträge,
- 5) Entgegennahme und Beratung der Berichte der Bezirksleitung,
- (6) Entgegennahme der Rechnungslegung des Bezirks,
- (7) Entlastung der Bezirksleitung,
- (8) Umsetzung der Beschlüsse übergeordneter Organe des BHV,
- (9) Durchführung von Neuwahlen.

§ 81 Antragsberechtigte

¹Anträge können gestellt werden von:

- (1) dem Präsidium,
- (2) der Bezirksleitung,
- (3) dem Bezirksjugendtag,
- (4) den Vereinen.

²Die Formvorschriften einschließlich der Frist für die Antragstellung ergeben sich aus der Geschäftsordnung.

§ 82 Wahlen

¹Es sind zu wählen:

- (1) die Mitglieder der Bezirksleitung,
- (2) die Delegierten und die Ersatzdelegierten zum Verbandstag nach dem vom Verband mitgeteilten Verteilungsschlüssel.

²Außerdem ist für den Fall, dass auf dem Bezirksjugendtag eine Funktion nicht durch Wahl besetzt werden kann, die Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 83 Öffentlichkeit

¹Der Bezirkstag ist grundsätzlich öffentlich. ²Die Öffentlichkeit kann jedoch durch Beschluss mit einfacher Mehrheit ausgeschlossen werden.

§ 84 Kosten

Die Kosten für die Teilnahme ihrer Vereinsvertreter tragen die Vereine jeweils selbst.

B) Der Außerordentliche Bezirkstag

§ 85 Einberufung

(1) Ein außerordentlicher Bezirkstag ist einzuberufen:

- a) wenn ein Drittel der Vereine des Bezirks die Einberufung schriftlich beantragt,
- b) auf Beschluss der Bezirksleitung,
- c) auf Beschluss des Präsidiums, wenn ansonsten die Funktionsfähigkeit der Bezirksleitung nicht mehr gewährleistet ist.

(2) Die Bezirksleitung bestimmt die Form der Einberufung, den Ort, die Zeit und die Tagesordnung.

§ 86 Termin

Der außerordentliche Bezirkstag ist spätestens innerhalb eines Monats nach Vorliegen der unter § 85 Abs. 1 Buchst. a) bis c) genannten Voraussetzungen durchzuführen.

§ 87 Zusammensetzung

Die Stimmenzahl eines Vereins entspricht der beim letzten Bezirkstag.

§ 88 Misstrauensanträge

Der außerordentliche Bezirkstag hat gegebenenfalls Misstrauensanträge gegen Mitglieder der Bezirksleitung und der Fachausschüsse auf Bezirksebene zu behandeln und darüber abzustimmen.

§ 89 Geltende Vorschriften

Es gelten die Vorschriften über den ordentlichen Bezirkstag entsprechend.

C) Die Bezirksleitung

§ 90 Zusammensetzung der Bezirksleitung

Die Bezirksleitung setzt sich zusammen aus

- (1) dem Bezirksvorsitzenden,
 - (2) dem Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Jugend,
 - (3) mindestens drei bis maximal sechs weiteren Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden mit Ressortzuständigkeit; die Ressortzuständigkeit wird in der ersten Sitzung der neu gewählten Bezirksleitung getroffen und dann unverzüglich den relevanten Verbandsghremien und im Bezirk bekannt gegeben,
 - (4) dem Regionalbeauftragter Aschaffenburg/Miltenberg (§ 90 a) in der Bezirksleitung Unterfranken
- als stimmberechtigte Mitglieder.

§ 90a - Regionalbeauftragter Aschaffenburg/Miltenberg

¹Die Vereine des Altkreises Aschaffenburg/Miltenberg, die am Spielbetrieb des Verbandes Hessen teilnehmen, wählen zur Vertretung ihrer Interessen einen Regionalbeauftragten und dessen Stellvertreter. ²Der Regionalbeauftragte Aschaffenburg/Miltenberg ist Mitglied der Bezirksleitung Unterfranken (§ 90 Abs. 7). ³Er ist stimmberechtigt, soweit die Belange der Vereine des Altkreises Aschaffenburg/Miltenberg von Entscheidungen betroffen sein können.

§ 91 Einberufung

¹Der Vorsitzende lädt in regelmäßigen Abständen, mindestens dreimal im Jahr, unter Festlegung von Ort, Zeit und Tagesordnung zu Sitzungen der Bezirksleitung ein. ²Die erste Sitzung einer neuen Amtsperiode sollte innerhalb von vier Wochen nach dem Bezirkstag stattfinden.

§ 92 Wahl der Stellvertreter des Bezirksvorsitzenden - Vertretungsrecht

¹Die Bezirksleitung wählt aus den stellvertretenden Bezirksvorsitzenden den ersten und den zweiten Stellvertreter, die bei Verhinderung des Bezirksvorsitzenden den Bezirk in der genannten Reihenfolge jeweils allein vertreten. ²Sind sowohl der Vorsitzende als auch die beiden Vertreter verhindert, kann die Bezirksleitung einen anderen Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden als Vertreter benennen.

§ 93 Berufung von Referenten

¹Die Bezirksleitung kann Referenten für Schulsport, Schiedsrichter und Kinderhandball sowie andere Bereiche berufen. ²Die Berufung von Referenten bzw. die Zusammenlegung oder Trennung von Referaten ist aufgrund eines Beschlusses der Bezirksleitung möglich.

§ 94 Berufung von Ersatzleuten

Für den Fall, dass auf dem Bezirkstag eine Funktion oder die Mindestzahl der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden nicht durch Wahl besetzt werden kann oder dass ein Mitglied vorzeitig ausscheidet, ist die Bezirksleitung berechtigt, Ersatzleute bis zum nächsten Bezirkstag zu berufen.

§ 95 Doppelfunktionen

Die Ausübung von Doppelfunktionen ist zulässig.

§ 96 Leitung des Bezirkes und Aufgaben der Bezirksleitung

Die Leitung des Bezirks obliegt der Bezirksleitung.

(1) Sie hat folgende Aufgaben:

- a) Durchführung der Beschlüsse des Bezirkstages und der Anordnungen übergeordneter Organe und Mitarbeiter des BHV,
- b) Beratung und Genehmigung des Haushaltsplanes,
- c) Durchführung des Spielbetriebs und sämtlicher Bezirksveranstaltungen im Rahmen der Satzung und Ordnungen,
- d) Festlegung von notwendigen Sonderregelungen über den Auf- und Abstieg von Mannschaften der Ligen des Bezirks,
- e) Durchführung von Auswahl- und Pokalspielen sowie von Lehrgängen,
- f) ¹Aufsicht über die Ausschüsse, Mitarbeiter und Mitglieder des Verbandes auf Bezirksebene, ausgenommen jedoch die Rechtsorgane ²Zu diesem Zweck können Weisungen erlassen werden.
- g) ¹Amtsenthaltung von Mitarbeitern auf Bezirksebene in allen Funktionen, ausgenommen Mitglieder der Rechtsorgane, bei wiederholter grober Pflichtverletzung, Amtsanmaßung oder erheblicher Kompetenzüberschreitung nach Gewährung rechtlichen Gehörs. ²Dazu bedarf es einer Zweidrittelmehrheit in der Bezirksleitung. ³Ein derartiger Beschluss kann von dem Betroffenen vor einer Bezirkskammergericht angefochten werden.
- h) Berufung von einzelnen Mitarbeitern und Mitgliedern in Ausschüsse, Kommissionen oder Arbeitskreise, sofern keine anderweitige Zuständigkeit besteht,
- i) Festlegung von Spielbeiträgen, Gebühren und Auslagen und sonstiger Beiträge innerhalb des vom EP festgesetzten Rahmens,
- j) Durchführung von Lehrgängen zur Qualifizierung,
- k) Vorschlagsrecht für Mitarbeiter im Bereich Talentförderung auf Bezirksebene an den Vizepräsidenten Leistungssport.
- l) Festlegung der Verantwortlichkeiten für Ressorts unter den Mitgliedern der Bezirksleitung.

(23) Die Aufgaben der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden entsprechen, soweit zutreffend, grundsätzlich denen der Vizepräsidenten mit analoger Ressortzuständigkeit.

§ 97 Beschlussfähigkeit

Die Bezirksleitung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

§ 98 Kosten

Die Kosten der Bezirksleitung trägt der Bezirk.

D) Der Bezirksvorsitzende

§ 99 Bezirksvorsitzender

(1) Der Bezirksvorsitzende vertritt den Bezirk im Rahmen seiner Zuständigkeit gegenüber Dritten und gegenüber den Organen und Mitarbeitern des BHV.

(2) ¹Er führt den Bezirk. ²Er bestimmt die Richtlinien der Arbeit im Bezirk im Rahmen der Satzung und der Ordnungen, der Beschlüsse des Bezirkstages und übergeordneter Organe. ³Beim Bezirkstag, bei den Delegiertenversammlungen und bei den Sitzungen der Bezirksleitung führt er den Vorsitz. ⁴Er ist zuständig für die Festlegung von Spielverboten für den Bezirk oder Teile desselben, soweit dies bei besonderen Anlässen erforderlich ist. ⁵Er genehmigt Dienstreisen der Mitglieder der Bezirksleitung und der anderen Mitarbeiter des Bezirks.

(3) Er hat in allen Ausschüssen und bei Tagungen im Bezirk Sitz und Stimme mit Ausnahme der für den Bezirk zuständigen Rechtsinstanzen.

VI. Externes Fachwissen

§ 100 Zuziehung anderer Mitarbeiter und Dritter

(1) Alle Organe, Ausschüsse, Arbeitskreise und Mitarbeiter des Verbandes dürfen zur Erfüllung ihrer Aufgaben bei Bedarf andere Mitarbeiter oder sachverständige Dritte zuziehen.

(2) Zuständig hierfür ist bei Organen und Ausschüssen der Vorsitzende.

(3) Die Grundsätze sparsamer Haushaltsführung sind dabei zu beachten.

(4) Die Kosten dafür fallen dem Etat des Einladenden zu.

VII. Amtszeit

§ 101 Dauer der Amtszeit

(1) ¹Die Amtszeit gewählter Mitarbeiter dauert in der Regel bis zum nächsten Verbandstag bzw. Bezirkstag. ²Sie endet mit der satzungsgemäßen Neubestellung des Nachfolgers im Amt. ³Das Amt eines gewählten Mitgliedes endet außerdem, wenn es abberufen wird, sein Amt niederlegt oder nicht mehr Mitglied eines Vereins ist, der dem BHV angehört.

(2) ¹Die Amtszeit von SR endet mit deren Verzicht auf das Amt. ²Schiedsrichter können von der Schiedsrichterliste gestrichen werden.

(3) Die Amtszeit berufener Mitarbeiter endet mit Ablauf der Wahlperiode (ordentlicher Verbands-, Bezirkstag) bzw. mit der Abberufung durch das berufende Gremium.

(4) Gegen eine Amtsenthebung nach Abs. 1 und die Streichung von der SR-Liste nach Abs. 2 ist der Einspruch bei der zuständigen Rechtsinstanz möglich.

(5) Gegen eine Abberufung nach Abs. 3 ist kein Einspruch möglich.

VIII. Finanzwirtschaft

§ 102 Allgemeine Grundsätze der Finanzwirtschaft

- (1) Die Finanzwirtschaft des BHV ist so zu planen und zu führen, dass die Erfüllung der Verbandsaufgaben gesichert ist.
- (2) Alle im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel und etwaige Überschüsse dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden.

§ 103 Haushaltsplan und Nachtragshaushalt

- (1) Der Vizepräsident Finanzen legt dem Präsidium für jedes Geschäftsjahr einen Haushaltsplan vor, der in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein soll.
- (2) Soweit Mehreinnahmen und Mehrausgaben die Ausgleichsmöglichkeiten innerhalb des gesamten Haushaltsplanes übersteigen, legt der Vizepräsident Finanzen dem Präsidium einen Nachtragshaushalt vor.
- (3) ¹Das Präsidium beschließt den Haushaltsplan und den Nachtragshaushalt. ²Beide bedürfen anschließend der Genehmigung des Erweiterten Präsidiums.

§ 104 Jahresabschlüsse

- (1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (2) Für jedes Geschäftsjahr werden durch den Vizepräsidenten Finanzen eine Gewinn- und Verlustrechnung und eine Bilanz erstellt.
- (3) Die Jahresabschlüsse bedürfen der Genehmigung durch das Erweiterte Präsidium.

§ 105 Buch- und Kassenprüfung

Mindestens einmal jährlich erfolgt durch zwei Kassenprüfer eine Buch- und Kassenprüfung.

§ 106 Verbandsvermögen

- (1) Über die Anlagepolitik des Verbandes entscheidet das Präsidium.
- (2) Erwerb, Veräußerung und Beleihung von verbandseigenen Immobilien und die Durchführung von Bauvorhaben unterliegen der Genehmigung des Erweiterten Präsidiums.

§ 107 Finanzordnung

Für die Finanzwirtschaft des Verbandes gelten im Übrigen die Regelungen der Finanzordnung.

IX. Datenschutz

§ 108 Zulässigkeit der Datenerhebung, Datenverarbeitung und Datennutzung

- (1) Der BHV erhebt, verarbeitet (speichert, verändert, übermittelt, sperrt und löscht) und nutzt personenbezogene Daten seiner Mitglieder, der Mitglieder seiner Mitglieder (im BHV Handballspielende) und Dritter, insbesondere Schiedsrichter, Zeitnehmer, Sekretäre, Mitarbeiter im Verband, Übungsleiter, Trainer und Vereinsmitarbeiter, unter Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen, soweit diese Daten für die Mitgliedschaft oder die Teilnahme an der Ausübung des Handballsports im BHV erforderlich sind oder wenn die Datenerhebung zur Wahrung der berechtigten Interessen des BHV im Sinne des § 3 erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass der Betroffene ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse am Ausschluss der Verarbeitung und Nutzung hat.
- (2) Zu den personenbezogenen Daten gehören u. a. Name, Geburtsdatum, Anschrift, Kommunikationsverbindungen, Bankverbindungen, Bankleitzahl, Kontonummer, Funktionen im Verein, Erwerb von Lizenzen (z. B. Übungsleiter), Leistungsergebnisse, Eintrittsdaten und Spielberechtigungserteilungsdaten.
- (3) ¹Die Erhebung der Daten Dritter, also der an der Ausübung des Handballsports Beteiligter, kann auch unmittelbar bei dem Mitglied des BHV, dem Handballverein, erfolgen. ²Es ist Aufgabe des Vereins, seinem Mitglied mitzuteilen, dass und welche personenbezogene Daten er an den BHV übermittelt hat.
- (4) ¹Zur Erfüllung und im Rahmen der Verbandsaufgaben gemäß § 3, insbesondere der Organisation und Durchführung des Spielbetriebs sowie anderer Bereiche des Handballsports, erfasst der Verband die hierfür erforderlichen Daten, einschließlich personenbezogener Daten von Mitgliedern der ihm angehörenden Vereine. ²Die Nutzung dieser Daten ist nur mit Zustimmung des Präsidiums gestattet. ³Der Verband kann diese Daten in zentrale Informationssysteme des deutschen Handballs einstellen. ⁴Ein solches Informationssystem kann vom Verband selbst, gemeinsam mit anderen Verbänden, vom DHB, gemeinsam mit diesen oder von einem beauftragten Dritten betrieben werden.
- (5) Die Datenerfassung dient im Rahmen der vorgenannten Verbandszwecke vornehmlich
 - a) der Verbesserung und Vereinfachung der spieltechnischen und der organisatorischen Abläufe im Verband sowie im Verhältnis zum DHB und dessen Mitgliedsverbänden,
 - b) der Schaffung direkter Kommunikationswege zwischen Mitgliedern, Vereinen und Verband sowie zum DHB und dessen Mitgliedsverbänden und
 - c) der Erhöhung der Datenqualität für Auswertungen und Statistiken. ¹Von den zur Erfüllung der Verbandszwecke gespeicherten Daten können Name, Titel, akademische Grade, Anschrift und Geburtsjahr, unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu Werbezwecken im Interesse des Handballs, insbesondere des Verbandes, der ihm angehörenden Vereine und deren Mitglieder, genutzt werden, soweit die Betroffenen der Nutzung nicht widersprechen. ²Um die Aktualität der erfassten Daten zu gewährleisten, sind die Vereine verpflichtet, Veränderungen unverzüglich dem Verband oder einem vom Verband mit der Datenverarbeitung beauftragten Dritten mitzuteilen oder auf Verlangen des Präsidiums in Datenbanken selbst einzutragen und die Einträge zu pflegen. ³Der Verband und von ihm mit der Datenverarbeitung beauftragte Dritte sind bei der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der Daten an die Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes gebunden. ⁴Sie stellen insbesondere sicher, dass die personenbezogenen Daten durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor der unbefugten Kenntnisnahme Dritter geschützt werden und ausschließlich die zuständigen Stellen Zugriff auf diese Daten haben. ⁵Dies gilt entsprechend, wenn der Verband ein Informationssystem gemeinsam mit dem DHB oder anderen Verbänden nutzt und betreibt. ⁶Zugriffsrechte dürfen nur erteilt werden, soweit dies zur Erfüllung der Verbandszwecke notwendig oder aus anderen Gründen datenschutzrechtlich

zulässig ist. ⁷Der Verband und von ihm mit der Datenverarbeitung beauftragte Dritte achten darauf, dass bei der Datenverarbeitung schutzwürdige Belange der betroffenen Mitglieder berücksichtigt werden.

§ 109 Auskunftserteilung

Auf Antrag erteilt die Geschäftsstelle Auskunft über die über seine Person gespeicherten personenbezogenen Daten und über den Zweck ihrer Verwendung.

§ 110 Übermittlung von personenbezogenen Daten

- (1) Die Übermittlung von personenbezogenen Daten an Dritte, insbesondere andere Verbände wie z. B. Regionalverband oder DHB, oder an ein Mitglied des BHV zur Wahrung des Satzungszwecks ist zulässig.
- (2) Die Veröffentlichung von personenbezogenen Daten im Internet, gegenüber der Presse oder sonstigen Dritten bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Betroffenen.

§ 111 Datenschutzbeauftragter

Das Präsidium des BHV beruft einen Datenschutzbeauftragten und veröffentlicht dessen Namen und Erreichbarkeit im amtlichen Organ des BLSV oder in einem sonst dem Pflichtbezug der Vereine unterliegendem Druckwerk.

X. Schlussbestimmungen

§ 112 Haftung des Verbandes

Für Schäden, gleich welcher Art, die einem Mitglied, einem am Spielbetrieb Teilnehmenden, gleichgültig ob als Spieler, Schiedsrichter, Zeitnehmer, Sekretär, Trainer, Offizieller, Zuschauer oder in einer sonstigen Funktion oder einem Dritten aus der Teilnahme an den Verbandsveranstaltungen oder durch die Benutzung von Verbandseinrichtungen entstanden sind, haftet der Verband nur, wenn einem Organmitglied oder einer sonstigen Person, für die der Verband nach den Vorschriften des BGB einzutreten hat, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last gelegt werden kann.

§ 113 Auflösung des Verbandes

- (1) ¹Die Auflösung des BHV ist nur durch Beschluss eines Verbandstages möglich. ²Der Antrag auf Auflösung muss auf der Tagesordnung stehen.
- (2) Die Auflösung muss mit einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Stimmberechtigten beschlossen werden.
- (3) Im Falle der Auflösung oder Aufhebung des Verbandes oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das vorhandene Vermögen an den BLSV, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke des Handballsports zu verwenden hat.

§ 114 Satzungsstreitigkeiten

(1) ¹Bei Streitfällen, die sich aus der Auslegung der Satzung ergeben, ist das Verbandsgericht in erster und letzter Instanz zuständig. ²Es kann von Verbandsorganen, Mitarbeitern des Verbands und Vereinen, soweit sie durch eine Entscheidung eines Organs oder eines Mitarbeiters des BHV beschwert sind, angerufen werden.

(2) Das Verbandsgericht entscheidet in diesen Fällen in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und vier Beisitzern.

(3) Für das Verfahren und die Kostentragung sind die Vorschriften der Rechtsordnung sinngemäß anzuwenden.

§ 115 Niederschriften

¹Über alle Tagungen und Sitzungen sind Niederschriften zu erstellen. ²Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

§ 116 Amtliche Bekanntmachungen

¹Amtliche Bekanntmachungen werden in dem regelmäßig erscheinenden amtlichen Organ des BLSV veröffentlicht. ²Sie können auch durch Rundschreiben / E-Mail an alle Vereine oder mittels elektronischem Vereinspostfach sowie auf der Internetseite des Verbandes bekannt gemacht werden. ³Bei Änderung der Ordnungen des DHB, die für den BHV verbindlich sind, genügt eine Hinweisbekanntmachung.

§ 117 Inkrafttreten

(1) Im Innenverhältnis werden Satzungsänderungen mit Beschluss wirksam, im Außenverhältnis mit ihrer Eintragung ins Vereinsregister.

(2) ¹Satzungsänderungen sind, soweit nichts anderes beschlossen wird, unverzüglich zur Eintragung bei dem zuständigen Registergericht anzumelden. ²Die Eintragung im Vereinsregister hat das Präsidium innerhalb eines Monats ab Eintragung auf der Internetseite des Verbandes zu veröffentlichen.

(3) Alle anderen Beschlüsse treten zum Zeitpunkt der Beschlussfassung in Kraft, sofern nicht ein anderer Termin ausdrücklich bestimmt wird.